Ulrike Poppe

In den achtziger Jahren begannen verschiedene dissidente Gruppierungen in der DDR, sich auf Menschenrechte zu berufen. Ulrike Poppe (*1953) gründete zusammen mit anderen 1985 die Initiative Frieden und Menschenrechte, die als eine der ersten Organisationen die Menschenrechtsthematik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellte. 1989/90 war sie am Runden Tisch vertreten, der in Reaktion auf landesweite Demonstrationen eingerichtet wurde und an dem neben Vertretern der Blockparteien auch oppositionelle Organisationen vertreten waren. Seitdem setzt sie sich für eine Aufarbeitung der SED-Diktatur ein.

Interview

Für das Interview trafen Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel, Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg, und Dr. Daniel Stahl, Wissenschaftlicher Sekretär des Arbeitskreises Menschenrechte im 20. Jahrhundert, die Bürgerrechtlerin zweimal in ihrer Wohnung: am 20. März und 8. Mai 2014. Insgesamt dauerten die Gespräche dreieinhalb Stunden.

Daniel Stahl
Bitte erzählen Sie uns von ihrem Elternhaus.

Ulrike Poppe

Ich bin in Rostock geboren. Meine Eltern studierten dort. Mein Vater erhielt nach seinem Geschichtsstudium einen Ruf an das Museum für Deutsche Geschichte, das sich damals Anfang der fünfziger Jahre im Aufbau befand. Unsere Familie bekam eine Wohnung nördlich von Berlin, in Hohen Neuendorf. In diesem Ort mit ungefähr 15.000 Einwohnern bin ich groß geworden. Da Hohen Neuendorf direkt an West-Berlin grenzte, habe ich viele Geschichten gehört, die mit dieser Grenze zu tun hatten. Vor dem Mauerbau wurden Waren geschmuggelt und viele Hohen Neuendorfer arbeiteten in Westberlin. Man nannte sie Grenzgänger.

Die Schließung der Grenze zerriss manche Familien, wie zum Beispiel die Familie meiner Freundin und Banknachbarin in der Schule. Ihre Eltern waren gerade im Westen und so musste sie zunächst bei den Großeltern bleiben. Ich weiß nicht wie lange, aber es hat bestimmt ein Jahr gedauert, bis sie zu ihren Eltern in den Westen ziehen konnte. Damit hatte ich völlig den Kontakt zu ihr verloren. Sie hatte mir zwar eine Adresse hinterlassen und ich schrieb ihr, aber der Brief kam wieder zurück. Für alle war die Tatsache, dass die Grenze abgeriegelt wurde, schmerzlich. Es gab Verhaftungen, auch das habe ich mitgekriegt. Es kursierten Geschichten über abenteuerliche Fluchten, beispielsweise über

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Tunnelbauten. Ich erinnere mich an Weihnachten 1961. Wir waren Heiligabend in der Kirche und der Pfarrer sprach ein paar tröstende Worte für diejenigen, die dieses Weihnachtsfest ohne ihre Angehörigen feiern mussten, weil die Grenze geschlossen war. Ich erinnere mich noch, dass ein großes Schluchzen im Kirchsaal begann. Offiziell durfte man nicht Mauer sagen. Wir sprachen aber auch nicht vom »antifaschistischen Schutzwall«, wie die offizielle Bezeichnung lautete. Niemand brachte das über die Lippen. Man sprach von der »Grenze«. Ich sah abends die Leuchtkugeln über dem Wald, ich hörte das Hundegebell und die Schüsse. Aber schon bevor die Grenze geschlossen wurde, hieß es immer, wir sollten nicht so tief in den Wald gehen, weil dort die Grenzsoldaten mit ihren Maschinengewehren und ihren Hunden waren. Vor denen hatten wir Angst. Wir hatten Angst, dass wir uns verirren und in das Grenzgebiet geraten könnten.

Es gab auch viele Russen, also sowjetische Soldaten, die in unserer Umgebung stationiert waren. Und im Wald befand sich eine sogenannte Russenübung. Das war ein militärischer Übungsplatz, auf dem wir als Kinder oft gespielt haben. Wenn die jungen russischen Soldaten kamen, dann waren sie immer sehr nett zu uns. Vielleicht fühlten sie sich durch uns Kinder an ihre Heimat erinnert. Damals lernte ich auch die ersten russischen Worte. Sie spielten mit uns. Ich kannte anfangs keine bösen Geschichten über die Russen. Meine Eltern hatten beide Slawistik studiert – mein Vater Slawistik und Geschichte und meine Mutter Slawistik und Anglistik. Sie sprachen deshalb gut Russisch. Sie haben uns russische Lieder vorgesungen. Eines der russischen Schlaflieder habe auch ich meinen Kindern vorgesungen. Von Vergewaltigungen in der Nachkriegszeit erfuhr ich erst später. Zunächst konnte ich gar nicht verstehen, weshalb viele Menschen eine so starke Abneigung gegenüber den russischen Soldaten und auch gegenüber der russischen Sprache hatten. Diese Abneigung habe ich nie geteilt.

Stahl
Was heißt später?

Poppe
In der Schule, als wir Russischunterricht hatten. Es gab viele Kinder, die haben den Russischunterricht regelrecht gehasst. Und ich glaube nicht nur, weil ihnen das Lernen dieser Sprache schwerfiel, sondern möglicherweise, weil mehr oder weniger unausgesprochen manche schlimmen Geschichten über Vergewaltigungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Familien angedeutet wurden. Meistens wurden sie nicht wirklich ausgesprochen. Das kriegen Kinder aber mit, wenn da irgendetwas ist, wenn eine abfällige Bemerkung über russische Soldaten gemacht wird. Auch wenn es nicht formuliert wird, nehmen sie es doch wahr.

Stahl
Und bei Ihnen zu Hause? Haben dort Themen wie der Mauerbau und die Vergewaltigungen eine Rolle gespielt?

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Poppe
Ich war acht Jahre alt, als die Mauer gebaut wurde. Es war für uns klar, dass das etwas ganz Schlimmes war. Zunächst hieß es, es werde Krieg geben. Ich erinnere mich, wie ich die Straße entlangging und ein Nachbar, der im Vorgarten arbeitete, sagte: »Jetzt wird es zum Dritten Weltkrieg kommen. Die Amerikaner werden sich das nicht gefallen lassen.« Ich weiß noch, dass mich das sehr beeindruckte und dass ich zu Hause fragte, ob es tatsächlich Krieg geben werde. Meinte Eltern sagten, dass sie das nicht hofften. Ich erinnere mich auch, dass ein Schüler vor dem Fahnenapell ausgezeichnet wurde. Er hatte einen Mann denunziert, von dem er nach dem Weg zur Grenze gefragt worden war. Der Schüler ist von einem Grenzoffizier vor der Fahne gelobt worden. Er bekam eine Urkunde und ein Federballspiel. Meiner Erinnerung nach haben wir ihn zwar um das Federballspiel beneidet, aber er war für uns nicht das, als was er bezeichnet wurde. Er war in unseren Augen kein Held, sondern ein Verräter. Die Rhetorik vom Friedensbauwerk und so, die hat in meinem Umfeld nach meiner Wahrnehmung niemand geglaubt.

Stahl
Auch nicht ihre Eltern?

Poppe
Nein, auch nicht meine Eltern – die schon gar nicht. Mein Vater trat in den vierziger Jahren noch während seines Studiums, also sehr früh, in die Partei ein. Er hoffte auf einen antifaschistischen und demokratischen Weg. Er war als Sanitäter bei der Wehrmacht an der Ostfront gewesen und hatte sehr viel Grausames gesehen. Er hasste den Krieg, Uniformen und alles Militärische. Niemals wollte er vom Krieg erzählen. Immer, wenn wir gefragt haben oder fragen wollten, sagte meine Mutter: »Fragt ihn nicht, er will darüber nicht reden.« Er war schwer verwundet worden und hat immer noch einen Granatsplitter im Kopf. Mittlerweile ist er über Neunzig. Erst jetzt, vor einem halben Jahr, hat er den Wunsch geäußert, vom Krieg zu erzählen. Da habe ich meine Kinder geholt, wir haben ein Tonband eingeschaltet und er hat angefangen, zu erzählen. Auch meine Mutter kannte diese Geschichten nicht, diese grausigen Geschichten, wie er als junger Sanitätssoldat das massenhafte Sterben auf dem Rückzug über das Baltikum erlebt hat. Er war teilweise sehr aufgeregt, als er davon erzählte. Es ist für mich unbegreiflich, wie jemand über sechzig Jahre lang solche schlimmen Traumata in sich verschließen kann und nie darüber spricht. Und jetzt kommt es irgendwie so aus ihm heraus, mit all den Schmerzen, die mit dieser Erinnerung verbunden sind. Aber das ging ja vielen so, die nicht über diese Zeit und den Krieg reden wollten. Sie sagten sich: »Wir müssen nach vorne schauen und das Leid und die Erinnerung hinterschlucken oder irgendwie in die letzte Ecke des Gehirns verbannen.«

Nach dem Studium hat er angefangen, in Berlin das Museum für Deutsche Geschichte im Zeughaus aufzubauen. 1956 ist er dann an die Akademie der Wissenschaften gewechselt und hat schließlich am Institut für Geschichte über Feudalismus in Mecklenburg promoviert. Danach leitete er eine Abteilung, die für Information und Dokumentation in der Geschichtswissenschaft zuständig war. Seine Abteilung hat die Jahresberichte für Deutsche Geschichte herausgegeben, eine Bibliographie über die weltweiten Publikationen zur Deutschen Geschichte. Das war also relativ unpolitisch. Zuhause haben wir natürlich

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

westliche Sender gehört und gesehen. Ich hatte schon relativ früh Interesse an Politik und habe mit meinen Vater den Weltspiegel am Sonntagabend geschaut; das war meine Lieblingssendung und ist es immer noch. Wir sprachen sehr offen über alles, aber es hieß immer: »Redet nicht in der Schule darüber.«

Stahl
Worüber haben Sie und Ihr Vater gesprochen? Was waren das für Themen?

Poppe
Das war sicherlich zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich, je nach Alter. Wir sprachen beispielsweise darüber, was wir im Weltspiegel sahen oder über das, was Thema in der Schule war. Wir hatten ja das Fach »Politinformation« in der Schule, in dem es um verschiedene aktuelle Ereignisse ging. Ich weiß nicht mehr so genau, was wir im Einzelnen besprochen haben.

Ich habe lange Fidel Castro bewundert.

Bestimmt über die Kuba-Krise und Ähnliches. Ich habe lange Fidel Castro bewundert. Für mich hatte Castro Kuba vor allem von der nordamerikanischen Vorherrschaft befreit. Auch Che Guevara war ein großes Vorbild für mich. Das hatte viel damit zu tun, dass ich neidvoll auf die 68er-Aufbrüche im Westen sah. Die Studentenbewegung demonstrierte mit den Bildern von Che Guevara und auch an meiner Wand hing das Gesicht dieses Mannes, der für mich ein Befreiungsheld war. Und ich habe ihn immer noch an der Wand (lacht), in meinem Arbeitszimmer zu Hause. Es ist ein Foto, das während Ches Besuch in der DDR von jemandem gemacht wurde, der hier in der Nebenstraße wohnt. Es zeigt ihn, wie er gerade aus dem Zug steigt und sich ein bisschen verunsichert umschaut.

Buckley-Zistel
Die Geschehnisse in der DDR wie zum Beispiel der 17. Juni wurden auch bei Ihnen über dem Abendbrottisch in der Familie besprochen?

Poppe
Ja. Vom 17. Juni kannte ich lange Zeit eigentlich nur jene Geschichte, dass meine Mutter an diesem Tag in der Humboldt-Universität ihr Staatsexamen ablegte. Die Geschichte wirft ein Licht auf die Rolle der Intelligenz: Auf der Straße fahren die Panzer, es wird geschossen und in der Humboldt-Universität laufen die Prüfungen ab, als ginge es die Professoren gar nichts an, was da draußen geschieht. Meine Mutter kam aus der Universität und sah die

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Panzer.

Viel mehr wusste ich zunächst nicht, aber ich habe dann noch so Einiges erfahren. Also, erfahren habe ich nicht wirklich etwas, aber es wurden Andeutungen gemacht. Hohen Neuendorf liegt fünf Kilometer von Hennigsdorf entfernt. Die Stahlwerker von Hennigsdorf spielten am 17. Juni eine wichtige Rolle. Sie marschierten durch den französischen Sektor bis in die Innenstadt von Berlin. In Hennigsdorf wurden die Geschichten manchmal ganz vorsichtig oder auch nur andeutungsweise erzählt. Ich habe in den Ferien öfter im Stahlwerk gearbeitet und wir hatten dort auch unseren »Unterrichtstag in der Produktion«. Wenn ich dann manchmal darüber erstaunt war, dass es in der Kantine Apfelsinen, Bananen und Milch gab, dann kam die höhnische Antwort von den Arbeitern: »Das kriegen wir, damit wir nicht wieder einen 17. Juni machen« (lacht). Da wusste ich, dass da etwas gewesen war. Ich kann mich auch erinnern, dass mein Vater als Genosse einmal, vielleicht auch mehrmals, nachts Wache schieben musste, weil es hieß: »Die Hennigsdorfer haben wieder Plakate geklebt.« In Hohen Neuendorf mussten in solchen Fällen die Genossen abends durch die Straßen gehen und nachsehen, ob irgendwo staatsfeindliche Aufrufe hingen oder an die Mauer geschrieben waren. Das hat mein Vater wohl auch mal gemacht, aber wie ich ihn kenne, sicherlich sehr ungern.

Ich spürte, dass mein Vater die Partei nicht mochte. Er trug sein Parteiabzeichen nie, allenfalls wenn eine Pflichtparteiversammlung stattfand. Einmal trug uns einer unserer Lehrer auf, unsere Eltern zu fragen, ob sie so ein eiförmiges Abzeichen am Revers hätten. Alle, die eins hätten, sollten an einem bestimmten Tag in die Schule kommen. Man wollte die Genossen-Eltern zusammenfassen, um mit ihnen irgendetwas zu besprechen. Ich weiß noch, dass mein Vater ganz ablehnend reagierte und sagte: „Nein, da gehe ich nicht hin.“ (lacht). Das habe ich natürlich alles noch nicht ganz verstanden. Aber je älter ich wurde, desto bewusster wurde mir, dass es meinen Eltern darum ging, uns zu einem eigenständigen Urteil zu erziehen. Sie wollten auf keinen Fall, dass wir irgendetwas nachbeteten oder mitmachten ohne nachzudenken. Andererseits wollten sie aber verhindern, dass wir zu Märtyrern wurden und uns die Lebenswege verbauten. Deshalb haben sie uns beschworen: »Bildet euch euer eigenes Urteil, aber sprecht nicht darüber.«

Stahl
Wurde die NS-Vergangenheit jenseits des Krieges bei Ihnen zu Hause thematisiert?

Poppe
Nein, eigentlich nicht. Nicht wirklich. Ich weiß, dass ich nachgefragt habe oder dass es irgendwie zur Sprache kam, dass meine beiden Großväter PGs gewesen waren. Aber dann wurde immer gleich dazu gesagt: »Dass musste ja so sein, sie waren Beamte.«

Buckley-Zistel

Haben Sie sich während Ihrer Schulzeit politisch engagiert?

Poppe
Ich wollte Pionier werden. Meine Eltern fanden das nicht so gut und haben gesagt: »Du kannst mitmachen, aber nimm keine Funktionen an.« Ich war aber ehrgeizig und habe mich wählen lassen. Es war nichts Besonderes. Es gab in der Pionierorganisation einen Gruppenrat, eine Gruppenratsvorsitzende, eine Stellvertreterin, eine Kassiererin und eine Wandzeitungsredakteurin. Ich war, glaube ich, einmal stellvertretende Vorsitzende und einmal Wandzeitungsredakteurin. Letzteres war ich auch später in der FDJ.

Ich ging auch in die Christenlehre, aber ich war in der Grundschule die Einzige und fand es langweilig. Unsere Katechetin konnte uns nicht begeistern. Irgendwann hatte ich keine Lust mehr, hinzugehen. Aber wenn meine Klassenkameraden sagten: »Gott gibt es nicht, Juri Gagarin[1] hätte ihn doch sehen müssen, der ist doch über den Wolken geflogen!«, dann habe ich Gottes Existenz vehement verteidigt, auch wenn ich in der Kindheit selbst nicht wirklich an ihn glaubte. Später in der Jugendzeit hatte ich eine stur materealistische Überzeugung und erst sehr viel später, etwa ab Dreißig, fand ich wieder einen Zugang zur Religion.

Zusammen mit zwei Klassenkameraden verfasste ich einen Brief an die Volkskammer. Wir fragten, ob die Grenze nicht durchlässiger werden müsse.

Ich habe immer gerne diskutiert, und das konnte man bei den Pionieren und in der FDJ in aller Naivität. Das erste Mal bin ich mit dieser Naivität als Fünfzehnjährige mit der Schule in Konflikt geraten. Zusammen mit zwei Klassenkameraden verfasste ich einen Brief an die Volkskammer. Ich kann mich nur noch an zwei Fragen erinnern, die wir stellten. Eine Frage betraf die deutsche Wiedervereinigung, die zu dem Zeitpunkt offiziell gar nicht mehr angestrebt wurde. Wir gingen aber davon aus, dass dies nach wie vor ein Ziel der DDR-Politik sei. Offenbar war immer noch der Geist der fünfziger Jahre in unseren Köpfen. Wir fragten, ob die Grenze nicht durchlässiger werden müsse, wenn beide Gesellschaften irgendwann wieder zusammen kommen sollten. Die zweite Frage bezog sich auf China. Wir wollten wissen, warum denn die Volksrepublik China und die Sowjetunion – beides kommunistische Staaten – ein so schlechtes Verhältnis zueinander hätten. Dann gab es noch eine dritte Frage, die auf ähnlichem Niveau lag. Irgendeine Klassenkameradin hatte ihrem Vater, der ein hoher Parteifunktionär war, von dem Brief erzählt. Dieser wandte sich an den Kreisschulrat und der Kreisschulrat kam in die Schule. Die haben ein Riesending daraus gemacht. Es war überhaupt nicht angemessen gegenüber dem, was wir wollten. Wir hatten doch lediglich Fragen gestellt. Ich glaube, dass wir sogar annahmen, dass die Volkskammer sich über unser Interesse an der Politik freute. Plötzlich gab es Aussprachen

mit uns. Man setzte ein richtiges Gremium ein, von dem wir verhört wurden. Sie wollten zum Beispiel wissen, ob wir Westfernsehen sahen. Ich sagte: »Man muss sich doch informieren.«

Ich habe mich mit denen auch gestritten und versucht, mich zu verteidigen. Dass wir zu Hause Westfernsehen sahen, habe ich nicht geleugnet. Ich weiß auch noch, dass mein Klassenlehrer ganz aufgeregt bei meinem Vater war. Ich lauschte an der Tür und hörte meinen Vater sagen: »Nun regen Sie sich doch nicht so auf, das sind doch noch Kinder.« (lacht)

Buckley-Zistel
Waren Sie eingeschüchtert? Wie war diese Erfahrung für sie persönlich?

Poppe
Ich hatte nicht damit gerechnet. Vielleicht habe ich auch die Tragweite nicht gesehen. Ich fand das eher spannend. Dann hieß es, dass man uns der Schule verweisen werde. Meine Klassenkameradin und ich hatten Väter, die in der SED waren. Deshalb durften wir bleiben. Aber Achim, der dritte Mitschüler, war Mitglied der Jungen Gemeinde. Er sollte von der Schule fliegen. Daraufhin haben wir uns in unserer Klasse verabredet. Wenn Achim fliegen sollte, dann würden wir alle die Schule verlassen. Das fand ich großartig. Aber einer nach dem anderen kam dann irgendwann und sagte: »Du, ich habe mit meinen Eltern gesprochen und die sagen: ›Verbau dir nicht deine Zukunft.‹« Das hat mich wahnsinnig enttäuscht. Wie man so ist als Jugendlicher: Ich hatte mir gewünscht, dass wir zusammengehalten hätten. Ich habe damals nicht eingesehen, dass das nicht gelingen konnte. Dann gab es die große Aussprache mit dem Parteisekretär und dem Kreisschulrat. Uns wurde erklärt, dass ich und die andere Mitschülerin an der Schule bleiben konnten, weil unsere Väter in der SED waren und deshalb zu erwarten sei, dass unsere Eltern uns noch auf den richtigen Weg lenken würden. Bei Kindern, deren Eltern Mitglieder der Kirche waren, sei dieser Einfluss nicht zu erwarten. Deshalb müsse Achim von der Schule gehen. Er war Klassenbester. Die Entscheidung hat mich sehr empört. Das war ein ganz schöner Schock.

Ob ich mich nach diesem Erlebnis eher zurückgehalten habe, weiß ich nicht. Ich glaube nicht. Ich war viel zu beeinflusst und begeistert von den 68ern. Dann kam es zum Einmarsch in Prag. Es war ja viel los in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und es wurde viel diskutiert. In unserer Schule, der erweiterten Oberschule, war das Klima sehr politisch aufgeladen; vielleicht aufgrund der Nähe zu Berlin. Wir wandten uns dagegen, dass man uns vorschreiben wollte, welche Musik wir hören durften. Es gab dieses 40/60 Dogma. Das heißt, dass mindestens 60 Prozent der im Radio und auf Konzerten gespielten Musik Ost-Musik sein musste. Wir fanden die Ost-Musik unmöglich. Außerdem wollten wir echte Jeans tragen und nicht nur die polnischen oder die in den ostdeutschen VEBs produzierten. Wir suchten Anschluss an die westliche Jugendkultur. Wenn wir mit westlichen Klamotten herumliefen, war das auch ein Zeichen: »Ich passe mich nicht an!« Ich hatte das große

Glück, zwei Patentanten im Westen zu haben. So hatte ich Jeans, einen Parker und all das, was man als Zeichen westlicher Kultur brauchte. Die Schülerschaft war gespalten. Es gab natürlich auch die anderen Schüler, die niemals so etwas anziehen würden und die auch keine West-Sender hörten, die die Rolling Stones nicht kannten und auch nicht hören wollten. Dann gab es diejenigen, die sich eine BRAVO schicken ließen und die Bildchen aus der BRAVO von den Kings und den Animals und Eric Burdon abfotografierten. Die Fotos wurden weitergegeben, was hochgefährlich war.

Stahl
Haben Sie die politischen Inhalte der 68er wahrgenommen?

Poppe
Ich stelle die lebensweltlichen und kulturellen Aspekte so voran, weil diese für uns eine wichtige Rolle spielten. Wie lang die Haare waren, was man trug und welche Musik man hörte – das alles waren politische Fragen, weil sie immer auch politisch bewertet wurden. Aber ich interessierte mich ab Fünfzehn auch zunehmend für politische Inhalte, wobei das in dem Alter natürlich noch eine Suchbewegung war. Gerade um 1968 setzte ich große Hoffnung auf eine lateinamerikanische Revolution. Ich meinte, dass dort ein Sozialismus entstehen könnte, der nicht am Gängelband Moskaus hing, eine nicht-stalinistische Entwicklung, ein anderer Sozialismus. Das passte auch zur Prager Vision von einem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, für die sich so viele begeisterten. Das war eine unglaubliche Hoffnung. Ich werde nie die Fernsehbilder vergessen: Es ist Erster Mai, Dubček[2] und seine Genossen stehen nicht auf der Bühne und winken huldvoll auf das Volk hinunter, sondern laufen auf gleicher Ebene mit dem Volk ohne Angst und ohne sich abzuheben. Das fand ich großartig. Wir waren gerade in Polen und haben die alte Heimat meiner Mutter besucht. Plötzlich fuhren die Panzer durch den Ort und wir haben einen riesen Schreck gekriegt. Wir wussten auch nicht, ob die DDR am Einmarsch in Prag beteiligt war. Darüber wurde ja nie berichtet. Bis zur Wende wurden wir darüber im Ungewissen gelassen. Die einen meinten ja, die anderen nein. Tatsächlich gab es zwar eine Mobilmachung, aber die NVA-Soldaten waren nur an der Grenze, ohne sie zu überqueren. Die Niederschlagung des Prager Frühlings war eine große Enttäuschung und in diesem Zusammenhang hörte ich auch von vielen Verhaftungen. Die Repression wurde nochmals angezogen.

Die 68er Studentenbewegung spielte schließlich auch im Zusammenhang mit der Schulverweisung meines Mitschülers Achim eine Rolle. Meiner Erinnerung nach sagte mein Klassenlehrer: »Wir wollen nicht so eine Studentenschaft wie im Westen.« Also sollten diejenigen, die sich nicht anpassten, gar nicht erst zum Abitur zugelassen werden. Stattdessen warf man sie aus der Schule, auch wenn niemand das so explizit gesagt hätte. Ich hatte ein vertrautes Verhältnis zu meinem Klassenlehrer. Wir unterhielten uns zum Beispiel über das in der DDR verbotene Buch von Heinrich Böll Ansichten eines Clowns. Er hielt mich für reifer, als ich war, denn er vertraute mir. Er sagte mir, dass er das auch für falsch hielt, dass Achim die Schule verlassen musste. Als die erwähnte Versammlung stattfand – und dafür schäme ich mich heute noch – habe ich immer zu ihm geguckt und gedacht: »Warum sagt der nichts, der ist doch auch der Meinung, dass das falsch ist.« Als

ich Stellung nehmen sollte, habe ich mich umgedreht. Er saß in der hintersten Bank, nicht vorne, das weiß ich noch. Ich sagte: »Herr Dr. Berger, sie sind doch auch der Meinung, dass Achim auf der Schule bleiben sollte!« Da kriegte er einen knallroten Kopf und schlug mit der Hand auf die Schulbank und schrie: »Es ist mein Staat und diesen Staat lasse ich mir nicht beschmutzen.« Er kriegte einen Wutanfall und bekannte sich zum Sozialismus und zu diesem Staat. Wahrscheinlich aus Angst. Ich weiß nicht, was er erlebt haben muss. Er war ja unser Klassenlehrer. Da fing ich an zu heulen und rannte raus. Hinterher ist mir erst klar geworden, dass ich ihn verraten habe. Er hatte mir vertraut und für mich war er eine Autorität. Ich war da einfach noch zu naiv.

Stahl
Haben Sie in Reaktion auf diese persönlichen Erfahrungen und auf die Niederschlagung des Prager Frühlings darüber nachgedacht, Konsequenzen zu ziehen und beispielsweise nicht mehr in der FDJ mitzumachen?

Poppe
Nein. In der FDJ bin ich geblieben. In der FDJ waren alle, also auch Leute, die so dachten wie ich. Ich habe immer noch gedacht, dass wir in der FDJ auch unsere Meinung sagen konnten. Ich habe das nicht als einen homogenen Block der Staatstreuen gesehen. Mir war bewusst, dass die FDJ-Leitung auf Staatslinie war, aber ich wusste, dass die Mitglieder ein breites Spektrum an Auffassungen vertraten. Deshalb hatte ich kein Problem darin gesehen, gleichzeitig in der FDJ und kritisch gegenüber dem System zu sein. Am 20. Jahrestag der DDR 1969 ging durch den RIAS die Falschmeldung, dass die Rolling Stones auf dem Springerhochhaus spielen würden. Ich war nicht so naiv, dass ich das glaubte, aber ich dachte: »Trotzdem werden alle Stones-Fans jetzt zum Spittelmarkt fahren, um sich da zu treffen. Sie werden hochschauen zum Springer-Haus und auch wenn keine Stones spielen, wird es doch schön sein, einmal alle Stones-Fans der ganzen Republik zu treffen.« Deshalb bin ich hingefahren. Auf der einen Seite standen die offiziellen Demonstranten, zum Beispiel Hundertschaftsblöcke der FDJ, und auf der anderen Seite waren wir. Dann kam die Polizei mit Wasserwerfern und Hunden und hat uns gejagt. Viele wurden verhaftet. Ich konnte damals noch schnell rennen. Es gelang mir, zu entkommen. Beim nächsten Fahnenappell mussten diejenigen vortreten, die am 7. Oktober auf dem Spittelmarkt gewesen waren. Ich stand da und zitterte vor Angst, dass mein Name genannt würde. Aber offenbar wusste niemand, dass ich auch dort gewesen war. Damit will ich sagen, dass ich auch feige war. Es wäre mir doch sehr unangenehm gewesen.

Ich habe diese Schulzeit rumgekriegt. Mein Abitur schaffte ich schlecht und recht. Ich wusste ja, was die im Staatsbürgerkunde-Unterricht hören wollten. Ich glaube, ich bekam sogar eine Eins auf dem Zeugnis. Aber das war wahrscheinlich auch der Tatsache geschuldet, dass wir das nicht anders kannten. Der Unterricht war dazu da, dass man den Lehrstoff nachbetete. Es ging nicht um Argumente und verschiedene Positionen wie heute, sondern darum, den Buchinhalt unabhängig von der eigenen Position wiederzugeben. Das habe ich zunächst nicht als Problem gesehen. Als Problem habe ich gesehen, dass meine Eltern, wie viele andere Eltern auch, von mir verlangten, dass ich in der Schule nicht erzählen durfte, dass wir West-Fernsehen sahen – diese Unehrlichkeit untereinander, zu

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

der wir erzogen wurden. Ich wusste ja auch von den Lehrerkindern, dass sie West-Fernsehen sahen, und die Lehrer standen dann vor der Klasse und predigten, dass der Klassenfeind auf diese Weise in die Wohnzimmer eindringe. Ich wusste: »Der sieht sich das auch an!« Diese Heuchelei hat mich als Kind und auch später empört. Ich fand es unerträglich. Es ging ja bis in die siebziger Jahre. Unter Honecker[3] ließ es dann nach. Aber ich erinnere mich noch an eine FDJ-Versammlung, die kurz nach Beginn meines Lehrerstudiums 1971 stattfand. Einige übereifrige FDJler wollten die Beeinflussung durch westliche Medien thematisieren. Jeder Einzelne in der Seminargruppe sollte aufstehen und bekennen, ob er Westfernsehen sah oder nicht. Einer nach dem anderen stand auf und sagte: »Nein, ich schalte das nicht ein« oder »Nein, ich habe gar keinen Fernseher.« Ich fand die Veranstaltung peinlich, weil ich wusste, dass alle logen. Es wurde mit einer Selbstverständlichkeit gelogen, dass ich am liebsten gesagt hätte: »Sagt mal, spinnt ihr alle?« Aber ich war zu feige und kurz, bevor ich an der Reihe war, verließ ich die Versammlung. Hinterher habe ich mich geschämt, dass ich nicht den Mund aufgemacht und verlangt habe: »Wir sollten uns nicht freiwillig derart selbst demütigen und hier solch ein Theater mitmachen!«

Stahl
Wie kam es zu der Entscheidung für das Lehramtsstudium?

Poppe
Ich wollte nie Lehrerin werden, aber alle, die hinsichtlich ihrer Berufswahl noch unsicher waren – und zu denen gehörte ich –, wurden geworben. Ich musste mehrfach zur Direktion, wo Studienplatzwerber uns erklärten: »Wir brauchen Lehrer, wir brauchen Lehrer, wir brauchen Lehrer.« Ich gab an, dass ich eigentlich Kunst studieren wolle und mir nicht sicher sei, ob mein Talent ausreiche. Daraufhin hieß es: »Na wunderbar, dann studieren sie doch Kunsterziehung und wenn sich dann herausstellt, dass sie künstlerisch begabt sind, dann können sie immer noch auf die Kunsthochschule wechseln.« Da ich mich auch für Geschichte interessierte, habe ich den Rat angenommen und mich für Kunsterziehung und Geschichte beworben.

Buckley-Zistel
Sie sind aber nicht beim Lehramtsstudium geblieben.

Poppe
Zunächst merkte ich, dass mein Talent nicht reichte, um die Kunsthochschule zu schaffen. Im dritten Studienjahr mussten wir ein Praktikum machen. Ich wurde in eine Schule in Marzahn geschickt, in ein Neubauviertel. Die Klassen waren riesig, weil dort viele kinderreiche Familien hinzogen. Die Laissez-fair-Lehrer saßen vorne und die Schüler gingen über Tische und Bänke. Der Geräuschpegel war unerträglich und die Lehrer waren verzweifelt, konnten sich überhaupt nicht durchsetzen. Ein einigermaßen vernünftiger Unterricht gelang nur den autoritären Lehrern. So konnte und wollte ich nicht sein.

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

In dieser Zeit las ich über Summerhill, die antiautoritäre Erziehung und die Konzepte der 68er. Das hat mich alles interessiert, weil mir Autorität überhaupt nicht liegt.

In dieser Zeit las ich über Summerhill, die antiautoritäre Erziehung und die Konzepte der 68er. Das hat mich alles interessiert, weil mir autoritäres Verhalten zuwider war. Da dachte ich: »Niemals, niemals werde ich Lehrer.« Da ich mich für Psychologie interessierte, versuchte ich, die Fachrichtung zu wechseln. Ich besorgte mir ein ärztliches Attest, weil ich wusste, dass ein Wechsel sehr schwierig war. Wer ein Lehrerstudium abgeschlossen hatte, war verpflichtet, in der Volksbildung tätig zu sein. Niemand anderes durfte einen anstellen. Man musste den Lehrerberuf ausüben. Deshalb hatte ich mich entschieden, nicht den Abschluss zu machen. Damals wurde ein Lehrstuhl für forensische Psychologie eingerichtet. Ich ging zu dem Professor und fragte, ob es denn die Möglichkeit zu wechseln gäbe. Er erklärte: »Ja, im ersten Studienjahr ist gerade jemand ausgeschieden und ich hätte noch einen Platz. Sie haben ja schon ein wenig Pädagogik und Psychologieunterricht gehabt.« Mein Attest bezog sich darauf, dass ich aufgrund eines Rückenschadens keine vorwiegend stehende Tätigkeit ausüben konnte. Auf dieser Grundlage habe ich den Fachrichtungswechsel beantragt. Die Sektionsleitung – es gab ja keine Fakultäten mehr – stimmte zu.

Doch dann eröffnete man mir, dass die FDJ-Leitung der Universität ihr Veto eingelegt hatte: Der Lehrerberuf könne nicht nur die Erfüllung eines persönlichen Berufswunsches sein, sondern sei auch eine gesellschaftliche Verpflichtung. Man brauche dringend Lehrer und wenn meinem Antrag stattgegeben werde, dann würden möglicherweise auch andere das Lehrerstudium aufgeben. Ich weiß nicht, ob die Ablehnung nicht auch andere politische Gründe hatte. Ausgerechnet von meinem Dozenten für Marxismus und Leninismus hatte ich bereits eine Warnung bekommen. Kurz danach ist er in den Westen abgehauen. Er sagte mir: »Passen Sie auf, da läuft etwas gegen Sie. Sie haben staatsfeindliche Kontakte. Die Universitätsleitung ist bereits darauf aufmerksam gemacht geworden.« Er hat angedeutet, dass wohl die Stasi der Uni einen Hinweis gegeben habe. Ganz vorsichtig hat er das gemacht. Er warnte mich, aufzupassen, um nicht von der Universität zu fliegen.

Buckley-Zistel
Was war dran an dem Verdacht wegen Ihrer Kontakte?

Poppe
Ich muss dazu sagen, dass ich in der Pubertät erhebliche Schwierigkeiten mit meinen Eltern hatte. Ich wollte mir nichts mehr sagen lassen. Sie hatten ein strenges, bürgerliches Erziehungsideal. Abends musste ich beispielsweise immer schon um zehn zu Hause sein. Ich wollte mich nicht mehr unterordnen und ging, sobald ich 18 Jahre alt geworden war, mit großem Krach von zu Hause weg. Durch meine Arbeit im Stahlwerk hatte ich zwei

Psychologie-Studenten kennengelernt, die sich nebenbei durch Schichtarbeit an den Wochenenden Geld verdienten. Ich arbeitete auch immer an den Wochenenden. So kam der Kontakt zu Berliner Studenten zustande.

Meine erste Unterkunft, nachdem ich von zu Hause ausgezogen war, war bei einer 88jährigen Frau, die auf Krücken lief und schon ziemlich durcheinander war. Sie wohnte in einem Hinterhof in der Dunckerstraße, Parterre, ein Zimmer, Küche, Außenklo. Mit ihr habe ich ein Zimmer geteilt. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. In der Mitte des Zimmers, in das nie Tageslicht drang, hing eine 20-Watt-Birne. Außerdem gab es zwei Betten, eines für sie, eines für mich. Die Ratten liefen quer durchs Zimmer und die Flöhe sprangen auf dem Laken herum. Ich hoffte, das mit einer sozialen Aufgabe zu verbinden und bei der Frau ein bisschen sauber machen zu können. Das ist mir letztlich nicht gelungen, weil diese Frau, wie aller Welt, auch mir misstraute. Ich fand die Würstchen, die ich ihr mitbrachte, im Mülleimer, weil sie annahm, ich wollte sie vergiften. Die Frau Plettke war wirklich durcheinander. Wenn sie mit ihrem Rollstuhl durch den Hinterhof fuhr, hat sie mit den Krücken nach den Kindern geschlagen. Die Kinder liefen hinter ihr her und riefen: »Alte Hexe, alte Hexe!« Sie sah auch tatsächlich aus, wie man sich eine Hexe vorstellt. Eines Tages standen meine Eltern vor der Tür, um zu sehen, wo ich geblieben war. Die Alte ging mit ihren Krücken an die Tür, nur mit einem Hemdchen bekleidet. Es stank in der Wohnung, meine Mutter hat nur reingeschaut und sofort angefangen zu weinen. Ich habe ihnen unendliches Leid angetan, den armen Eltern. Aber ich wollte das »wirkliche Leben« kennenlernen und das sah zunächst einmal so aus.

Dann haben mir Freunde eine Wohnung zur Verfügung gestellt, die einem Bekannten gehörte, der aber bei seiner Freundin wohnte. Ich durfte in seine Wohnung ziehen. Diese Wohnung war gleichzeitig der Treffpunkt einer bestimmten Szene. Jeden Tag waren Leute da. Es wurde unheimlich viel getrunken und Haschisch geraucht. Leute aus Westberlin kamen rüber und brachten Whiskey und manchmal West-Zeitungen mit. Mein Wohnungsvermieter, der heute übrigens auf der Straße lebt und schwerer Alkoholiker ist, klaute bei einer Gelegenheit im betrunkenen Zustand einen Bus und ist mit ihm durch Ostberlin gefahren, bis er verhaftet wurde. In dieser Wohnung gab es die erste Hausdurchsuchung, die ich erlebt habe. Es lagen noch fünf Leute auf dem Fußboden und auf dem Sofa, als morgens die Polizei kam und die Hausdurchsuchung stattfand.

Stahl
Handelte es sich um eine politische Gruppe?

Poppe
Na ja, die Leute waren zum Teil auch politisch sehr wach und kritisch. Zum größten Teil waren es Studenten oder exmatrikulierte Studenten. Manche von ihnen hatten übrigens in Jena studiert. Sie kamen aus Jena und haben dann bei mir gewohnt. Mein erster Freund war ein Jenaer Geschichtsstudent, der aus politischen Gründen exmatrikuliert worden war. Fast alle waren älter als ich. Sie gaben mir Bücher zu lesen, durch die vieles in meinem bisherigen Weltbild in Frage gestellt wurde. Zum ersten Mal las ich Bücher über den

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Stalinismus, zum Beispiel die Gratwanderung von Evgenija Ginzburg, in der sie ihre Odyssee durch den Gulag schildert. Etwas später las ich Als Gefangene bei Stalin und Hitler von Margarete Buber-Neumann. Ihr Mann Frank Neumann war Kommunist. Das Ehepaar wurde im Moskauer Hotel Lux verhaftet. Frank Neumann kam im Gulag um. Margarete überlebte die sibirischen Lager und wurde von Stalin an das Deutsche Reich ausgeliefert. Sie kam nach Ravensbrück. Ich konnte es gar nicht fassen, dass Stalin Kommunisten an Hitler ausgeliefert hatte. Ich wehrte mich zunächst dagegen, die stalinistischen Verbrechen mit denen des Nationalsozialismus zu vergleichen. Diese Bücher haben mir die Differenz zwischen der DDR-offiziellen Geschichtsschreibung und dem, was Menschen unter der stalinschen Herrschaft erlitten haben, vor Augen geführt.

Ich kriegte auch Die kleine Geschichte der DDR von Herrmann Weber und die Werke von Solschenizyn[4] in die Hände und erfuhr immer mehr über die Verbrechen des Stalinismus, aber auch über Mao Zedongs Kulturrevolution. Darüber wurde viel diskutiert. Auch mein Vermieter beteiligte sich. Er war nicht nur ein Trinker, sondern auch ein kluger Kopf, der viel las. Es wurde viel über Politik diskutiert, über das System und über Alternativen. Die Diskussionen hatten immer auch einen lebensweltlichen Bezug: »Wir wollen ein anderes Leben. Wir wollen uns nicht den ideologischen Vorgaben anpassen, sondern uns unser eigenes Urteil bilden.« Es war der Einfluss dieser Freunde, der mich in diese Richtung wies. Ich war aber auch offen dafür und wollte es wissen.

Nach der Warnung durch den ML-Dozenten war ich verunsichert. Ich konnte in der Wohnung kaum ungestört schlafen, erst recht nicht für mein Studium lernen. Immer fanden irgendwelche Partys statt. Ich entschied deshalb, auszuziehen. Es war eine glückliche Fügung, dass damals einer der Studenten, die ich im Stahlwerk kennengelernt hatte, mir anbot, bei ihm einzuziehen. Vor vier Tagen ist er Siebzig geworden. Ich war auf seiner Geburtstagsfeier. Wir haben immer noch Kontakt. Ich wohnte bei ihm in der Wilhelm-Pieck-Straße.

Stahl
Wann war das ungefähr?

Poppe
Es muss 1973 gewesen sein, als ich zu ihm zog. Damals hatte ich auch meinen ersten Kontakt mit der Staatssicherheit. Nach Aufgabe meines Studiums war ich zunächst ohne Arbeit. Eines Tages bekam ich eine Vorladung der Kriminalpolizei »zur Klärung eines Sachverhaltes«, wie das immer hieß. Dort erklärte man mir, dass gegen mich eine Anzeige wegen Asozialität vorläge. Wenn man keine Arbeit hatte, galt man als asozial und konnte deswegen strafrechtlich belangt werden. Ich sollte nachweisen, wovon ich lebte und dass ich mich um Arbeit bemühte. Dann bekam ich eine zweite Vorladung, bei der zwei Herren anwesend waren, die schon am ersten Gespräch teilgenommen hatten. Der Polizist eröffnet mir, dass die Anzeige beigelegt worden sei, dass aber die beiden Herren noch ein Gespräch mit mir führen wollten. Dann verließ er den Raum.

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Die beiden Männer zeigten ihre Staatssicherheitsausweise und konfrontierten mich mit der Legende, dass sie in Erfahrung gebracht hätten, ein westlicher Geheimdienst sammle Informationen über mich. Um herauszufinden, worum es dabei gehe, müsse ich berichten, mit wem ich Umgang habe und ob es darunter auch Westkontakte gebe. Ich war vielleicht 22. Sie schilderten das einigermaßen glaubhaft. Sie lasen mir ein Dossier vor, das sie in die Hände bekommen hätten. Auf der einen Seite war ich unsicher, ob das nicht tatsächlich wahr sei, was sie mir erzählten. Schließlich waren wir damit groß geworden, dass uns ständig suggeriert wurde, überall würden westliche Geheimdienste lauern und Diversion betreiben. Auf der anderen Seite wusste ich von meinen Freunden, die schon zum Teil mit der Staatssicherheit zu tun gehabt hatten, dass man diesen Leuten nichts glauben und auch nichts unterschreiben durfte. Ich sollte eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben und das habe ich verweigert. Daraufhin erklärten sie, ich sei trotzdem zum Schweigen verpflichtet und müsse unterschreiben. Ich antwortete, mir das noch in Ruhe überlegen zu wollen. Ich habe also nicht gleich nein gesagt und mich tatsächlich mit ihnen zu einem weiteren Treffen verabredet. Ich ließ mir aber eine Telefonnummer geben, um Bescheid geben zu können, falls ich verhindert sei. Dann habe ich diese Geschichte überall herumerzählt und bin deshalb als Quelle unbrauchbar geworden. Trotzdem rief ich brav an, um mitzuteilen, dass ich zum nächsten Treffen nicht komme könne. Damit war die Sache eigentlich erledigt.

Vorher erlebte ich aber etwas, das mich schockierte. Ich hatte in Hohen Neuendorf einen Freund, der viel älter war als ich. Er war Physiker von Beruf. Einmal traf ich mich mit ihm in den Offenbach-Stuben in Prenzlauer Berg. Wir unterhielten uns über alles Mögliche. Seine Mutter arbeitete mit meiner Mutter im Blindenverband zusammen und erzählte ihr später, dass der Freund zur Vernehmung von der Staatssicherheit geholt worden sei. Dort habe man ihm alle Details unseres Gespräches wiedergegeben. Daraufhin war er davon überzeugt, dass ich für die Staatssicherheit arbeitete. Das hat mich schockiert. Er ist dann in den Westen geflüchtet.

Buckley-Zistel
Sie können sich auch nicht erklären, wie das zu Stande gekommen ist?

Poppe
Ich konnte mir das nur so erklären, dass entweder ein Mikrofon unter dem Tisch war oder jemand mitgehört hat, beispielsweise ein Kellner oder jemand am Nachbartisch. Ich konnte mich dem Freund gegenüber nicht mehr rehabilitieren.

Stahl
Hatten Sie auch weiterhin Kontakt zu politischen Gruppen, nachdem Sie aus der WG ausgezogen waren?

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Poppe
Ich hatte zu derselben Gruppe auch weiterhin Kontakte, aber sie zerfiel zwischen 1974 und 1975 weitgehend. Mehrere versuchten, in den Westen zu fliehen. Einigen gelang es, andere kamen ins Gefängnis. Andere wieder zerstreuten sich in der DDR. Es gibt über diese Zeit und diese Szene einen sehr schönen Film: Wir wären so gerne Helden gewesen von Barbara Berthold. Es kommen viele Personen vor, die damals zu dieser Szene gehörten und die ich alle kannte. Ich komme nicht vor. Ich war ja noch sehr jung und eher eine Randperson. Ich sehe allerdings bei diesem Film das Problem, dass er die politische Dimension weitgehend ausspart, die durchaus eine Rolle spielte. Er reduziert diese ganze Protesthaltung auf einen kulturellen, lebensweltlichen Protest. Die politischen Dispute kommen nicht vor. Aber es ist trotzdem ein guter Film, der die einzelnen Leute bezüglich jeweiliger Lebensabschnitte interviewt und danach fragt, was sie damals dachten, was sie hofften, welche Meinung sie über den Westen hatten, warum sie in den Westen geflohen sind oder versucht haben zu fliehen, wie sie ihre Zeit im Gefängnis erlebt haben, wie sie im Westen angekommen sind und was sie heute darüber denken und fühlen. Ich finde, dass der Film sehr gut gelungen ist.

Uli und ich lebten zunächst in der Wilhelm-Pieck-Straße zusammen. Als unsere Beziehung auseinanderging, zog ich in eine andere Wohnung im selben Haus; wir blieben Freunde. Damals war das Kaffee Burger in der Wilhelm-Pieck-Straße am Luxemburgplatz unser Haupttreffpunkt. Fast jeden Abend trafen wir uns dort. Dort entstand eine neue Szene, zu der auch Poppoff gehörte – Gerd Poppe, mein späterer Mann. Man kann sagen, dass es zwei Treffpunkte gab: Der eine war bei mir in dieser kleinen Wohnung im Parterre und der andere bei Poppoff, der damals mit Franzi zusammenlebte, die zwei Kinder und eine etwas größere Wohnung hatte.

Irgendwann kamen Poppoff und ich zusammen. Das war 1977, genau in den Tagen, als die Landshut entführt wurde. Kurz danach wurde er zur Armee eingezogen. Er war zwölf Jahre älter als ich. Während seines Physikstudiums Anfang der sechziger Jahre in Rostock hatte er wie fast alle in seinem Semester die vormilitärische Ausbildung verweigert. Damals ging das noch. Ich musste auch in meinem ersten Studienjahr die vormilitärische Ausbildung machen. Wer sich zu meiner Zeit weigerte, verlor seinen Studienplatz. Das war schon eine ganz andere Zeit. Aber Anfang der sechziger Jahre hatten viele noch den Spruch im Kopf: »Jedem Deutschen soll die Hand abfallen, der je wieder eine Waffe anfasst.« Es wurde damals noch respektiert, wenn sich die Studenten darauf beriefen. Poppoff war nicht zum aktiven Wehrdienst gezogen worden. Es war außerordentlich selten, dass Männer, die keinen aktiven Wehrdienst geleistet hatten, zur Reserve eingezogen wurden. Aber Poppoff haben sie – ich glaube, er war 34 Jahre alt –zur Reserve eingezogen. Bis 35 konnte man eingezogen werden. Er verweigerte und argumentierte: »Ich weiß ja nicht, ob die NVA-Soldaten gegen das eigene Volk eingesetzt werden.« Seine Verweigerung hatte er also weder religiös noch pazifistisch begründet. Er war ja auch nie ein Pazifist. Stattdessen hat er sich auf die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Warschauer Pakt Truppen 1968 berufen. Er gehörte zu denjenigen, die zu diesen Fragen eine sehr klare Position hatten. Das hat mich beeindruckt und fasziniert. Ich verliebte mich.

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Er kam nach Prora auf der Insel Rügen. Ich bin nach Prora gefahren und habe neben der Kaserne gezeltet. Poppoff ist nachts durch den Zaun zu mir ins Zelt gekrochen. Es war kaum möglich, ohne Kinder eine Wohnung zu kriegen. Ich kam aus meiner Einzimmerwohnung in der Wilhelm-Pieck-Straßen nicht raus, obwohl ich die Hygiene bestellt hatte. Drei Wände waren etwa anderthalb Meter hoch richtig nass, keine Tapete hielt, alles schimmelte. Die Schuhe setzten Schimmel an, wenn sie auf dem Boden standen. Die Möbel, der Teppich – alles schimmelte. Die Betten waren klamm. Es war eigentlich eine unbewohnbare Wohnung, die vor meinem Einzug auch leer stand. Ich hatte so gut wie kein Tageslicht. Beim Wohnungsamt hieß es: »Sie sind alleinstehend und haben kein Kind.« Ich konnte trotz dieser Schimmelwohnung keinen Wohnungsantrag stellen. So waren die Verhältnisse damals. Poppoff und ich bekamen dann über Freunde die Nachricht, dass ganz in der Nähe, in der Rykestraße, eine Wohnung frei geworden war. Wir zogen dort – wie viele andere auch – »schwarz« ein, das heißt ohne Genehmigung. Nun hatten wir immerhin zweieinhalb Zimmer, etwas mehr Licht, allerdings wieder ein Außenklo. Bald darauf wurde ich schwanger. Eines Tages holte mich die Kriminalpolizei aus der Wohnung und forderte: »Sie wohnen hier illegal, sie müssen raus.« Aber da ich schwanger war, hätten sie mir eine Wohnung nachweisen müssen, also durften wir bleiben.

Stahl
Um welche Themen ging es bei diesen Treffen im Kaffee Burger und bei Ihnen zu Hause?

Poppe
In der Zeit, als Poppoff in der Armee war, bis kurz danach, gab es einen Kreis in Karlshorst, bei einem Architekten, der sich ein Dachgeschoss ausgebaut hatte. Dort trafen wir uns regelmäßig ein- oder zweimal in der Woche und diskutierten verschiedene DDR-Themen. So hatte beispielsweise der Architekt zusammen mit einem Stadtplaner eine Erhebung über den gesamten Wohnraum Ostberlins gemacht. Sie stellten fest, dass, wenn es genug Handwerker gäbe und der Mittelstand nicht zerschlagen worden wäre, man die Häuser sanieren könnte und der vorhandene Wohnraum vollkommen ausreichen würde, um die Wohnungsnot zu beseitigen. Aber da man alles in der Innenstadt verfallen ließ und stattdessen die Neubauwohnsiedlungen in Hellersdorf und Marzahn baute, diese Plattenbauten, blieb die Wohnungsnot bestehen. Das ist eines der Themen, an das ich mich erinnern kann.

> Wir diskutierten über entfremdete Arbeit, Fließbandarbeit, aber auch über Sozialismus-Modelle, über das Rätesystem und ob es eine Alternative sein könnte.

Ich kann mich auch noch daran erinnern, dass wir über Schulen, über Bildungspolitik oder DDR-Pädagogik sprachen. Wir diskutierten über entfremdete Arbeit, Fließbandarbeit, aber

auch über Sozialismus-Modelle, über das Rätesystem und ob es eine Alternative sein könnte.

Später dann, Ende der siebziger Jahre, beschäftigten wir uns mit dem jugoslawischen Modell der Arbeiterselbstverwaltung. Das war bereits ein anderer Kreis, es gab ja verschiedene Kreise in den siebziger Jahren, die allerdings meistens sehr konspirativ tätig waren. Meiner Erinnerung nach haben sich sogar Leute, die in der Boxhagener Straße in einem Jugendclub gearbeitet haben, bemüht, einen Referenten von der jugoslawischen Botschaft zu bekommen. Das hat aber die Staatssicherheit verhindert und der ganze Club wurde daraufhin geschlossen.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gewann die Literaturszene an Bedeutung. Das hing unter anderem mit der Biermann-Ausbürgerung zusammen.[5] Eine ganze Reihe von Leuten, die sich literarisch betätigten, suchte engeren Kontakt zu den oppositionellen Kreisen. Oft wurden Wohnungen genutzt, um literarische Lesungen oder auch Ausstellungen zu veranstalten. Die wohl bekannteste Wohnung war das Atelier von Jürgen Schweinebraden in der Dunckerstraße, in der zahlreiche Ausstellungen und Konzerte stattfanden, und in der ich das erste Mal mit neuen Kunstformen, wie Performances, MailArt und Konzeptkunst konfrontiert wurde. Ende der siebziger Jahre wurde er, wie andere auch, mit Ordnungsstrafen belegt und bekam schließlich auch ein Strafverfahren wegen Herstellung illegaler Druckerzeugnisse, was ihn zur Übersiedlung in den Westen veranlasste. Auch in unserer Wohnung in der Rykestraße hatten wir literarische Lesungen angeboten, vor allem von Texten, die nicht veröffentlicht werden durften. Wir hatten ein sogenanntes »Berliner Zimmer«, einen ziemlich großen Raum, an dessen Ende sich ein einziges Fenster befand. Es kamen so viele zu diesen Lesungen, dass dieser Raum allerdings nicht ausreichte. Überall, in der Küche, auf dem Flur und im Schlafzimmer, saßen die Leute. Wir stellten Lautsprecher auf, damit alle etwas hören konnten. Es waren manchmal so an die hundert Leute da.

Bei diesen Lesungen wurde auch über Kulturpolitik gesprochen, über die Freiheit des Wortes, über Zensurbestimmungen, aber auch über die Tatsache, dass viele in den Westen gingen. Nach ungarischem Vorbild konnten Ende der siebziger Jahre »Literaturschaffende« Lesereisen in westliche Länder genehmigt bekommen. Vielleicht sollte auf diese Weise ein Ventil geschaffen und das besonders nach der Biermann-Ausbürgerung angewachsene kritische Potential in der Literaturszene ein bisschen ausgedünnt werden. Darüber haben wir diskutiert. Manche, wie beispielsweise der Leipziger Schriftsteller Gerd Müller, vertraten die Ansicht: »Selbst wenn ich eine Auslandsreise angeboten bekäme, ich würde nicht fahren. Solange nicht jeder in den Westen fahren darf, werde ich das ablehnen. Ich lasse mich nicht korrumpieren.« Manche haben es als Korruption angesehen, aber andere haben diese Möglichkeiten natürlich auch genutzt, um im Westen zu veröffentlichen.

Stahl
Kamen in Ihren Gesprächen auch Themen wie die Militärdiktatur in Chile vor?

Poppe
Chile kam vor. Manchmal war es ein wenig schwierig. Beim Thema Chile waren wir ja sozusagen in Übereinstimmung mit der Staatsmacht. Der Pinochet-Putsch war in unseren Augen genauso ein Verbrechen wie es auch von den Herrschenden der DDR dargestellt wurde. Wir haben natürlich mit Allende sympathisiert.[6]

Buckley-Zistel
Und andere Konflikte, die zu dieser Zeit virulent waren wie die Apartheid in Südafrika?

Poppe
Ich kann mich an Diskussionen über die Apartheit erinnern. Nach dem, was ich an Informationen hatte, war ich ganz entschieden auf der Seite des ANC.[7] Ich hatte aus dem Westen das Buch von Winnie Mandela Ein Stück meiner Seele ging mit ihm zu lesen bekommen. Anfang der achtziger Jahre besuchte uns Uli Fischer von den Grünen. Er war in der Grünen-Fraktion des Bundestags für Menschenrechtspolitik zuständig. Er berichtete von den Verbrechen auch des ANC und sagte: »Sei nicht so blauäugig, es gibt nicht nur Schwarz und Weiß, auch der ANC hat Verbrechen begangen.« Ich wusste, dass ANC-Kämpfer in der DDR ausgebildet wurden, aber das fand ich richtig. Uli Fischers Schilderungen haben mir natürlich zu denken gegeben, aber ich kam nicht so richtig weiter, weil ich auch zu wenig Informationen hatte. An den Aufrufen zum Boykott südafrikanischer Orangen konnten wir uns ohnehin nicht beteiligen. Wenn es überhaupt Orangen im Osten zu kaufen gab, kamen diese aus Kuba.

Stahl
Haben sie aus ihrer Beschäftigung mit Chile und der Apartheit Kritik an der Bundesrepublik und an den Vereinigten Staaten abgeleitet?

Poppe
Ja, natürlich. Ich war sehr kritisch gegenüber dem Westen. Dafür gab es viele Gründe: Die Haltung der westlichen Mächte zu Südafrika, der Koreakrieg, der Vietnamkrieg, der Algerienkrieg – überhaupt die Kolonialpolitik oder der Umgang mit den ehemaligen Kolonien. Natürlich war ich sehr kritisch gegenüber den USA und dem Wirken der CIA in Lateinamerika. Soweit ich etwas darüber erfahren konnte, hat mich das immer wieder empört, wie die Nord-Amerikaner versucht haben, die Befreiungsbewegungen, die sie in meinen Augen waren, zu bekämpfen.

Stahl
Welche Sicht auf den Westen wurde in den Diskussionskreisen vertreten, in denen Sie sich bewegten?

Poppe

Sehr kritisch, absolut kritisch. Wir haben den Westen um seine Freiheit beneidet, aber zugleich seine unheiligen Allianzen mit diktatorischen Regimes, die Ausbeutung der „Dritten Welt“ und die Aufrüstungspolitik eines Ronald Reagan abgelehnt. Wir haben lange Zeit nach einer Alternative gesucht. Unter dem Einfluss der weltweiten Friedensbewegung begannen einige aus den oppositionellen Kreisen, sich aus dem West-Ost Schema gedanklich zu lösen und nach Alternativen zur »Blocklogik« zu suchen. Wir schlossen uns der Friedensstrategie der englischen Russel Peace Foundation an, mit dem Credo: »Wir wollen nicht gegenüber dem Osten oder Westen, sondern untereinander loyal sein und uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen«, »Detente from below« – also »Entspannung von Unten«. Wir wandten uns gegen alle Herrschenden der einander feindlich gegenüberstehenden Blöcke. Der stalinistisch geprägte Kommunismus wurde von uns genauso kritisiert wie der expansive Westen und seine Waffenlieferungen. In diesen Auffassungen wurden wir auch maßgeblich von den Grünen beeinflusst, die Anfang der achtziger Jahre zu uns Kontakt aufgenommen hatten. Sie berichteten uns von ihrem Kampf gegen Rüstungsexporte und ökologische Verbrechen. Wir sagten daraufhin: »Die Schönberg-Deponie ist in der DDR. Euer Müll wird bei uns entsorgt.« Das war eine Kritik nach beiden Seiten.

Buckley-Zistel
Was bedeutete das für die Frage der Ausreise?

Poppe
Der Westen war für uns nie das »Gelobte Land«. Für einige, die ausgereist sind, auch nicht. Sie sind ausgereist, weil sie das Leben in der DDR nicht mehr aushalten konnten, weil sie ihren Kindern die Schule nicht zumuten wollten oder weil sie aus verschiedenen Gründen unter Druck standen. Sie sind aus der DDR ausgereist, aber das hieß nicht, dass sie die Bundesrepublik vorbehaltlos annehmen konnten und wollten. Jedenfalls nicht diejenigen aus unseren Kreisen. Wir sagten uns: »Solange wir das noch irgendwie verantworten und aushalten können und einen Funken Hoffnung sehen, so lange wollen wir hier versuchen, etwas zu verändern und nicht einfach nur flüchten.« Später habe ich diese Optionen, zwischen denen wir permanent standen, bei Albert Hirschmann[8] gefunden: »Exit or Voice«[9] – »Flüchten oder den Mund aufmachen«. Es gab einen Slogan: »Bleibe im Land und wehre dich redlich!« Das war das, was wir immer versucht haben. Deshalb war das Verhältnis zu denjenigen, die ausreisten, mitunter sehr gespannt. Wir waren doch so wenig und jeder, der wegging, fehlte.

Stahl
Spielte der Bezug auf Menschenrechte in den siebziger Jahren eine Rolle für Sie oder ist das erst später aufgekommen?

Poppe
Dieser Bezug ist meiner Erinnerung nach erst später aufgekommen. Ich kann natürlich nicht für alle Kreise sprechen, aber in meinem Umfeld kam das Thema Menschenrechte

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

und das Befassen mit Menschenrechtserklärungen erst Anfang der achtziger Jahre auf. Wir begannen in den achtziger Jahren als Friedensbewegung in Reaktion auf den NATO-Nachrüstungsbeschluss und auf die zunehmende Militarisierung in der ganzen DDR-Gesellschaft. Ende der siebziger Jahre kam es zu Auflösungsprozessen einiger konspirativer Gruppierungen. In konspirativ arbeitenden Gruppen konnte man sich gegen Verhaftungen nicht wehren. Dazu muss man bereit sein, an die Öffentlichkeit zu gehen! Der Zerfallsprozess sah so aus, dass einige resignierten und in den Westen gingen. Einige wenige versuchten den Weg durch die Institutionen. Sie lösten sich aus den alten Freundeskreisen und traten in die Partei ein. Manch einer hat es sogar zum Fabrikleiter geschafft. Diese Leute waren der Meinung, man könne nur aus dem Parteiapparat heraus etwas verändern. Bald aber wurde klar, dass diese Strategie nicht aufgehen konnte. Andere taten sich mit kirchlichen Gruppen zusammen oder wählten neue Formen, um eine größere Öffentlichkeit zu erreichen. Zu dieser Gruppe gehörten dann auch mein Mann und ich und viele unserer Freunde. Wir standen unter dem Eindruck der erstarkenden internationalen Friedensbewegung. Wir wollten der Blocklogik, dem Feindbilddenken und dem Friedensbegriff der Herrschenden etwas entgegensetzen. Wir widersprachen Aussagen wie: »Nur ein starker und gut gerüsteter Sozialismus ist ein Bollwerk für den Frieden.« Unsere Auffassung von Frieden war, dass alle Seiten abrüsten müssten und dass eine Militarisierung den Frieden nicht sicherer mache, sondern das Gegenteil bewirke.

Buckley-Zistel
Für Sie stand die Ost-West-Konfrontation in Europa oder Nordamerika im Vordergrund. Was war aber mit den Stellvertreterkriegen, die gleichzeitig stattfanden: Mozambique, Angola, Afghanistan?

Poppe
Ich kann nicht sagen, dass diese Konflikte für uns im Mittelpunkt standen. Es gab Anfang der achtziger Jahre auch sogenannte Dritte-Welt-Gruppen, die sich mit solchen Themen mehr befasst haben als wir. Wir haben die Stellvertreterkriege als Versuch, die Welt in die jeweiligen Einflusssphären aufzuteilen, wahrgenommen. Mozambique wurde von der DDR unterstützt, und was war da noch…

Buckley-Zistel
Angola.

Poppe
Angola. Wir hatten ja auch Gastarbeiter aus Angola, aus Mozambique. Was noch?

Buckley-Zistel
Afghanistan.

Poppe

Ach, der Afghanistankrieg. Den habe ich eher am Rande wahrgenommen. Aber ich weiß, dass sich zum Beispiel Werner Schulz[10], der heute für die Grünen im Europaparlament sitzt, intensiver mit diesem Thema befasste und eine klare Haltung hatte. Ich glaube, ich wusste zu wenig oder ich habe mich nicht genügend damit befasst. Dass aber die Russen in Afghanistan waren, habe ich sicher als Unrecht begriffen.

Buckley-Zistel
Verhaftungen gab es auch, nachdem Sie sich dafür entschieden hatten, die konspirativen Gruppen aufzulösen und an die Öffentlichkeit zu gehen. Auch Sie waren betroffen.

Poppe
Ja, das hing mit den »Frauen für den Frieden« zusammen, die sich 1982 wegen des neuen Wehrdienstgesetzes gegründet hatten. Das Gesetz sah die Einbeziehung der Frauen in die Wehrpflicht vor. Dagegen haben wir eine gemeinsame Eingabe geschrieben und Unterschriften gesammelt. Das war sozusagen der Grundstein für diese Gruppe. 1983 war der Höhepunkt der Friedensbewegung. Im Herbst stimmten sowohl der Bundestag als auch die Volkskammer – für Letztere war es ja nur eine Akklamation – der Nachrüstung von Atomraketen zu. Die Frauengruppe war zu der Zeit sehr aktiv und mit einigen Aktionen strahlten wir auch nach außen. Die Staatssicherheit wurde auf uns aufmerksam. Sie glaubte wahrscheinlich, die Gruppe werde einknicken, wenn sie vier vermeintliche Rädelsführer herausholte. Gegen zwei Mitglieder wurde ermittelt, ohne sie zu verhaften. Bärbel Bohley und ich kamen in Untersuchungshaft. Das war die Strategie der Stasi: Wenn wir einen Anlass boten, versuchten sie ihren Unterdrückungsmethoden einen rechtsförmigen Anstrich zu verleihen.

Der konkrete Anlass war in diesem Fall der Kontakt zu einer Neuseeländerin, Barbara Einhorn, die in Großbritannien wohnte und zur Friedensbewegung END, European Nuclear Disarmament[11], gehörte. Sie war in die DDR gereist, weil sie im Rahmen ihrer Arbeit an der Universität in Brighton eine Untersuchung über die Situation der Frauen in der DDR durchführte. Sie besuchte offizielle Stellen wie die Redaktion der Frauenzeitschrift Für Dich und den Demokratischen Frauenbund Deutschlands. Aber sie wollte auch die alternativen Frauengruppen kennenlernen. Wir saßen an einem Abend mit Barbara Einhorn zusammen im Wohnzimmer und tranken Schnaps und sprachen über unser Leben als Frauen in der DDR. Sie ist mit den Aufzeichnungen an der Grenze verhaftet worden. Ganz sicher hat man auf sie gewartet. Das war der Anlass. Sie war ein paar Tage in Hohenschönhausen inhaftiert und in der Folge wurden wir vier abgeholt. Bärbel und ich blieben in der Haftanstalt des MfS. Der formale Vorwurf lautete, wir hätten gegen Paragraph 99 des Strafgesetzbuches verstoßen, der die Weitergabe von nicht-geheimen Nachrichten – im Unterschied zu geheimen Nachrichten, Spionage, – an Vertreter einer fremden Macht unter Strafe stellt. Die Nachrichten müssen geeignet sein, dem Ansehen der DDR zu schaden. Auf dieser Grundlage haben sie versucht, eine Anklage zu konstruieren.

Buckley-Zistel
Warum nannten Sie sich »Frauen für den Frieden«? Bestand die Notwendigkeit, sich von

Ihren ebenfalls sehr aktiven Männern abzugrenzen und eine eigene Identität als Frauen aufzubauen?

Poppe
Ich bin mir nicht ganz sicher, aber ich glaube, ich habe Bärbel und auch Katja Havemann bei Robert Havemann in Grünheide kennengelernt, als der Hausarrest von Robert Havemann vorbei war.[12] Wir haben ihn öfter besucht. Dort begegnete ich ein paar Frauen, mit denen ich die Eingabe gegen die Einbeziehung der Frauen in den Wehrdienst verfasst habe. Diejenigen, die unterschrieben, sind zum Teil von der Staatssicherheit bedroht worden, manche haben sogar ihre Arbeit verloren. Das hat uns aber nur stärker zusammengeschweißt. Nach dem Brief haben wir überlegt, ob wir nur eine Frauengruppe sein wollten. Es gab Männer, die bei uns mitmachen wollten (überlegt). Daraufhin haben wir das Für und Wider einer reinen Frauengruppe diskutiert. Wir verstanden uns ja nicht als Feministinnen. Es gab keinen Männerhass wie bei manchen Feministinnen im Westen. Eher sahen wir etwas verächtlich auf die feministische Bewegung im Westen, vielleicht zu Unrecht. Aber wenn wir solche Geschichten hörten, wie die von jener Frau, die den Frauenbuchladen nicht mit ihrem sechsjährigen Sohn betreten durfte, dachten wir, dass wir nie so werden wollten.

Wir machten die Erfahrung, dass wir Frauen untereinander ganz anders miteinander kommunizierten: keine Hahnenkämpfe, keine Selbstdarstellungssucht, keine Hierarchien. Das hat uns begeistert. Auch jene Frauen kamen zu Wort, die in gemischten Gruppen nie etwas gesagt haben und immer nur still dasaßen, weil es in den männlich dominierten Gruppierungen nur die männliche Meinungsführerschaft gab. Das galt vor allem für die konspirativen Gruppen der siebziger Jahre. Wir haben es als sehr wohltuend empfunden, als Frauen unter uns zu sein. Später haben sich diese Annahmen als ein großer Irrtum herausgestellt: Natürlich entwickelten sich auch bei uns Meinungsführerschaften und Hahnenkämpfe und Hierarchien. Aber zunächst war es anders und deshalb entschieden wir uns, eine Frauengruppe zu bleiben.

Wir trafen uns regelmäßig und überlegten gemeinsam, wie wir unsere Ansicht von einer Friedenspolitik, die den Namen auch verdient, öffentlich machen konnten. Was konnten wir gegen die Militarisierungspolitik tun? Dieses Problem war aus unserer Sicht auch ein Menschenrechtsthema: »Wir haben das Recht, alternative Positionen zur Friedenspolitik zu vertreten.« In dem Maße, in dem wir bedroht wurden und mit der Staatssicherheit zu tun hatten, in dem Maße haben wir natürlich auch unsere kritischen Fragen an das System gestellt: »Warum können es die Herrschenden in diesem System nicht ertragen, dass ein paar Frauen ihre eigene Friedensauffassung nach außen kommunizieren?« Das betraf auch militaristische Inhalte an den Schulen, den Wehrkundeunterricht und den sogenannten patriotischen Unterricht im Kindergarten, Kriegsspielzeug und all diese Dinge. Aber wir reduzierten das Problem nicht auf diese Aspekte, weil wir zwangsläufig immer wieder mit den Fragen zu tun hatten: »Wie ist das denn mit der Meinungsfreiheit, mit der Versammlungsfreiheit, mit Publikationsfreiheit?« Da wir permanent mit Verhaftungen rechnen mussten, kannten wir uns natürlich auch im politischen Strafrecht aus, das wir ebenfalls kritisierten. Ich kannte auch den Kommentar und die Strafprozessordnung und

war insofern gut auf meine Verhaftung vorbereitet. Wir schrieben Vollmachten für die Betreuung unserer Kinder, weil wir damit rechnen mussten, dass man meinen Mann und mich gleichzeitig verhaftet könnte.

Einmal fanden wir ein Mikrofon in unserer Wohnung. Wir wussten also, dass wir abgehört wurden. Das ahnten wir auch schon vorher, aber nun hatten wir den Beweis. Das Mikrofon steckte oben in der Zimmerdecke. Es war ein langer Keramikstab, an dessen Spitze sich ein hochempfindliches Mikrofon befand. Mein Mann als Physiker hat es natürlich gleich ausprobiert und wir haben festgestellt, dass auch das leiseste Geräusch damit zu hören war. Wir wussten von da an, dass Flüstern gar nichts nützte. Nebengeräusche waren gut – zumindest machte es dann Mühe, sie herauszufiltern. Über bestimmte Dinge haben wir in der Wohnung nicht gesprochen. Ansonsten hatten wir uns ja von der Konspirativität verabschiedet. Wir haben nach außen hin jedem gesagt, was wir dachten, was wir wollten und was wir für richtig und für falsch hielten. Wir waren aber vorsichtig, in der Wohnung über Dinge zu sprechen, die wir planten, die die Einreise von Leuten aus dem Westen betrafen oder die Vorbereitung bestimmter Aktionen.

Wir waren sogar außerhalb der Wohnung vorsichtig. Auf einem Treffen hatte ich erlebt, dass wir auch unter freiem Himmel abgehört wurden. Wir waren in einem Pfarrgarten und ich schaute mir eine Blüte an einem Busch an und sah plötzlich ein langes Mikrofon, das von einem Nachbargrundstück aus in den Busch geschoben worden war. Man konnte eigentlich nicht damit rechnen, irgendwo wirklich frei reden zu können. Wir haben manchmal auf Zettel geschrieben, was nicht mitgehört werden sollte. Andererseits wussten wir auch, dass eigentlich in jeder Gruppe Spitzel waren. Damit musste man rechnen. Aber wir hatten uns vorgenommen, nicht darüber zu reden. Es war kaum möglich, die Spitzel zu überführen und es wäre selbstzerstörerisch gewesen, ständig nach Verrätern Ausschau zu halten. Auch haben wir geahnt, dass die Stasi gegenseitige Verdächtigungen schürt.

Buckley-Zistel
Haben sie mit Friedensaktivisten anderer Länder zusammengearbeitet?

Poppe
Im Mai 1983 fand die zweite END-Konferenz in Westberlin statt. Wir waren natürlich immer zu den END-Konferenzen eingeladen, durften aber nie hinfahren. Aber nun war es möglich, dass viele der Konferenzteilnehmer zu uns nach Ost-Berlin, in die Rykestraße kamen. Wir knüpften Kontakte in die USA, nach Japan, Frankreich, Österreich, Norwegen und in manche anderen Länder. Seitdem waren wir ziemlich gut vernetzt. Vor allem Petra Kelly[13] und Gert Bastian[14] haben uns dabei unterstützt. Die Vernetzung wurde vor allem wichtig, als es darum ging, aus dem Gefängnis frei zu kommen. Gegen die Inhaftierung von Bärbel und mir kam es damals zu vielen internationalen Protesten. Da muss der SED-Führung klar geworden sein, wie sehr ihre repressiven Maßnahmen dem Ansehen der DDR schadeten. Aus Holland kamen hunderte von Briefen und Protestschreiben und auch in vielen Zeitungen wurde darüber berichtet.

Stahl
Sie gründeten 1985 die Initiative Frieden und Menschenrechte. Warum griffen Sie zu diesem Zeitpunkt das Konzept der Menschenrechte auf?

Poppe
Die Tatsache, dass das Friedensthema in den achtziger Jahren zunehmend von dem Menschenrechtsthema abgelöst wurde, hat auch viel mit den osteuropäischen Dissidentenbewegungen zu tun – vor allem mit der polnischen Solidarnosc, aber auch der Charta 77[15]. Über deren Positionen erhielten wir Informationen von Freunden aus dem Westen. Deren Auffassungen und Schriften haben uns angeregt, die Menschenrechtsfrage stärker in den Blick zu nehmen. Es gab harte Auseinandersetzungen beispielsweise mit einigen Vertretern der Grünen. Manche waren der Auffassung, die Menschenrechtsfrage der Friedensfrage nachordnen zu müssen.

> Die Menschenrechtsfrage ist von Rechts besetzt. Wir müssen uns auf die Friedensfrage konzentrieren.

Ich erinnere mich an eine heftige Diskussion mit Dirk Schneider, der als Grüner 1983 bis 1985 Bundestagsabgeordneter war. Er vertrat die Meinung, dass die Menschenrechtsfrage von rechts besetzt sei und wir uns auf die Friedensfrage konzentrieren müssten. Das sei das übergeordnete Problem. Wir haben ihm heftig widersprochen und ich erinnere mich, wie Poppoff sagte: »Es kommt mir so vor, als spräche die Stasi.« Ich weiß noch, dass ich ihm einen schweren Vorwurf gemacht habe: »Du kannst ihn doch nicht gleich einer Stasi-Tätigkeit bezichtigen, nur weil er eine andere Auffassung hat!« Später stellte sich heraus, dass Schneider tatsächlich für die Stasi tätig war. Die Grünen waren in dieser Frage bekanntlich gespalten und es gab auch den anderen Flügel, dem Petra Kelly angehörte, für den Menschenrechte und Frieden einander bedingten. Die Gründung der Initiative Frieden und Menschenrechte war dem Credo geschuldet, dass Menschenrechts- und Friedensfragen nicht voneinander zu trennen sind. Einerseits können Menschenrechte nur im Frieden gewährleistet werden, andererseits ist ein Land, in welchem die Machthaber systematisch die Menschenrechte verletzen, nicht friedensfähig. Innerer Frieden und äußerer Frieden bedingen einander. Menschenrechte und Frieden gehören zusammen. Das war eigentlich der Kern dieser Initiative.

Stahl
Wie kam die Idee zur Gründung zustande?

Poppe
Ausgangspunkt war ein geplantes Menschenrechtsseminar, das in Kirchenräumen

stattfinden sollte und von der Kirchenleitung aus Furcht vor staatlicher Repression abgesagt wurde. Daraufhin hatten die Initiatoren beschlossen: »Wir müssen jetzt eine eigene, unabhängige Kraft entwickeln. « Das war sozusagen die Initialzündung für eine Gruppierung, die konsequent menschenrechtliche Themen aufgriff und die Achtung der Menschenrechte vom Staat einforderte.

Stahl
Was meinten Sie mit diesem Thema erreichen zu können, das über die bisherigen Themen und Gruppen nicht möglich war?

Poppe
(überlegt) Die Menschenrechtsfrage war eigentlich ein verbindendes Element. Die Dritte-Welt-Gruppen, die Umweltgruppen, die Minderheitengruppen und die Friedensgruppen – sie alle hatten mit Menschenrechtsfragen zu tun. Wir alle wollten die Menschenrechte stärker in den Vordergrund stellen, weil wir sahen, dass wir nicht weiterkamen, wenn wir dieses Thema unterbelichteten: »Wir können in diesem Land nur etwas verändern, wenn wir auch die Menschenrechtsfragen offensiv thematisieren.« Polen war für uns ein besonderes Vorbild.

Stahl
War die 1975 unterzeichnete Schlussakte von Helsinki in ihren Augen kein aussichtsreichendes Versprechen gewesen?

Poppe
Entgegen vieler Interpretationen bin ich der Meinung, dass in den Kreisen, mit denen ich zu tun hatte, klar war, dass die Unterschrift unter Korb Drei der Helsinki-Akte das Papier nicht wert war, auf dem es stand. Wir wussten, dass es sich um eine formale Unterzeichnung handelte, die nichts mit der Lebensrealität in der DDR zu tun hatte. Berufen konnten wir uns auch ohne Helsinki-Akte auf die Menschenrechte. Natürlich war sie für manche eine Instanz. Einmal beobachtete ich, wie vor der Alten Wache neben dem Museum für Deutsche Geschichte ein Mann mit einem Transparent stand: »Korb Drei Helsinki« – nichts weiter. Es dauerte drei Minuten, bis Staatssicherheitsleute ihn gepackt und in den Hof des Museums gestellt hatten. Dort musste er mit erhobenen Händen stehen und jemand bewachte ihn mit der Pistole, bis er abgeholt wurde. In meinen Augen bewirkte man nichts, indem man sich auf Helsinki berief.

Buckley-Zistel
Wie sah Ihre Menschenrechtsarbeit konkret aus?

Poppe
Wir waren der Meinung, dass die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte allein nicht reichte. In unseren Augen war es die beste Methode, die Menschenrechte einfach

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

wahrzunehmen, auch wenn sie uns nicht zugestanden wurden. Wir sagten unsere Meinung, wir versammelten uns, wir machten Veranstaltungen, wir druckten unsere Samisdat-Hefte. Wir haben versucht, praktisch die Menschenrechte zu leben. Allerdings sahen wir uns veranlasst, jeweils das Verhältnis von Risiko und Effekt zu prüfen. Natürlich wollten wir nicht alle ins Gefängnis wandern. Aber wir haben immer wieder versucht, neue Wege zu finden und unsere Möglichkeiten auszureizen.

Die polnischen Aktivisten waren uns ein Vorbild: »Wir stürmen nicht die Radiostationen der Macht, sondern wir gründeten unsere eigenen.« Wir wollten das Informationsmonopol der Partei aufbrechen, indem wir unsere eigenen Zeitungen und Zeitschriften druckten, und das Bildungsmonopol, indem wir unsere eigenen Sommer- und Winterakademien organisierten. Alles war klein und wenig. Uns standen keine Räume außer Pfarrhäuser, kirchliche Räume, private Landhäuser oder die Umweltbibliothek zur Verfügung. In der Berliner Umweltbibliothek und der Zionskirche fandenVeranstaltungen statt, zum Beispiel zum Ungarnaufstand 1956. Wir versuchten, weiße Flecken in der Geschichte zu füllen. Ich erinnere mich an Sommerakademien zu Themen wie »Macht, Herrschaft und Gewalt«, Hannah Arendt[16], den Slánský-Prozess[17] – alles Themen, die verschwiegen wurden. Wir waren natürlich auf Material angewiesen, das wir von Freunden aus dem Westen bekamen. Aber alles geschah in einem so kleinen Rahmen, dass es nie eine breite Basis erreichen konnte.

Stahl
Die Überzeugung, dass Frieden und Menschenrechte zusammengehören, war auch Teil des offiziellen Menschenrechtskonzepts der DDR. Haben Sie sich mit solchen offiziellen Menschenrechtsverständnissen und -Konzepten befasst?

Poppe
Das Buch von Hermann Klenner[18] Marxismus und Menschenrechte habe ich mit Interesse gelesen. Es gefiel mir zum Teil ganz gut. Als ich es allerdings Ende der neunziger Jahre nochmals las, fand ich es unsäglich. Ich habe ja auch einen Entwicklungsprozess mitgemacht. Eberhard Poppe (nicht verwandt mit uns) war ein weiterer Jurist, der mehrere Bücher über Menschenrechte in der DDR publiziert hat. Er hatte einen Lehrstuhl an der Universität in Halle und war auch Mitglied der Volkskammer und Vorsitzender des Rechtsausschusses. Als ich einmal erfuhr, dass er einen Vortrag über Umweltschutz und Menschenrechte in Berlin halten würde, bin ich hingegangen und habe mir seinen Schwachsinn angehört. Anschließend ging ich zu ihm und stellte mich vor. Ich erklärte ihm, dass ich in der Initiative Frieden und Menschenrechte sei. Da er mehrere Bücher über Menschenrechte geschrieben habe, würden wir ihn gerne einladen, um mit ihm zu diskutieren. Er war sofort bereit und als ich erwähnte, dass wir als staatsfeindlich gelten und uns die Staatssicherheit beobachte, meinte er: »Ich habe keine Berührungsängste. Ich habe als Abgeordneter die Pflicht zur Bürgernähe.« Ich schickte ihm eine schriftliche Einladung. Er antwortete nicht. Ich schrieb erneut, er antwortete wieder nicht. Daraufhin wandte ich mich an eine Aktivistin von Frauen für den Frieden, die in der Bibliothek der Hallenser Universität arbeitete. Ich bat sie, ihn anzusprechen. Kurz danach meldete er sich und erklärte, er sei zu einem Sechs-Augen-Gespräch bereit, aber nicht mit der Initiative

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Frieden und Menschenrechte. Ich fuhr nach Halle und wir hatten ein Gespräch mit ihm. Es war ganz furchtbar. Er war aufgeregt und ängstlich: »Ich sage gar nichts!« oder »Legen Sie meine Worte nicht auf die Goldwaage!« Er wich aus und war total verunsichert. Das brachte überhaupt nichts.

Später habe ich seinen Sohn kennengelernt. Ich war ja am Runden Tisch. Für die Arbeitsgruppe Parteien- und Vereinigungsgesetz war als juristischer Berater sein Sohn Rolf Poppe beauftragt. Während einer Pause sprach ich ihn an und berichtete ihm von unserem Versuch, mit seinem Vater zu sprechen. Er erinnerte sich an die Episode: »Mein Vater hat damals mit Horst Sindermann[19] gesprochen, der ihm sagte, er dürfe auf keinen Fall hingehen. Die Gruppe dürfe nicht offiziell anerkannt werden.« Er bekam also vom Volkskammerpräsidenten ein Verbot. Die Bücher von Poppe habe ich mir alle aus der Bibliothek geholt und kursorisch gelesen. Sie sind eigentlich unlesbar, propagandistischer Müll! Auch Hermann Klenner kritisiert sie auf verächtliche Weise. So habe ich es jedenfalls wahrgenommen.

Stahl
Während von offizieller Seite auf Menschenrechte Bezug genommen wurde, lehnten einige Dissidenten es dezidiert ab, mit diesem Begriff zu operieren. Rudolf Bahro[20] bezeichnete sie beispielsweise 1977 als »konstruktiv gehaltlos«[21]. Wurden solche Positionen auch in ihrem Umfeld vertreten?

Poppe
Wir hatten während der siebziger Jahre kritische Diskussionen über Bahro. Unter anderem kritisierten wir seine Skepsis gegenüber den Menschenrechten, auch wenn zum Zeitpunkt dieser Diskussionen die Menschenrechtsthematik für uns nicht so im Vordergrund stand. In unserer Gruppe gab es einige, die Bahros Vorbehalt teilten. Allerdings war es so, dass schon der Begriff eine Brisanz hatte. Ich erinnere mich an die Vorbereitungen einer kleinen Demonstration, 1987, als Honecker gerade in Bonn über den roten Teppich lief; es war die erste eigene Demonstration, die genehmigt wurde. Der Pfarrer vom Stadtjugendpfarramt hatte mit dem Leiter der Abteilung Inneres ein Abkommen geschlossen: Wir durften demonstrieren, aber wir mussten Ordner stellen, die darauf achteten, dass bestimmte Begriffe nicht auf den Transparenten vorkamen: »Reiseverbot«, »Mauer«, aber auch »Menschenrechte«. Daraufhin gab es eine harte Auseinandersetzung im Stadtjugendpfarramt zwischen Gruppen wie der Initiative Frieden und Menschenrechte und anderen Mitveranstaltern, die auf der Seite des Jugendpfarramtes waren. Der Pfarrer sagte: »Ich musste dem Leiter von der Abteilung Inneres in die Hand versprechen, dass ich darauf achte, dass diese Begriffe nicht vorkommen. Seid doch froh, dass ihr trotzdem die Möglichkeit habt, zu demonstrieren.« Wir haben geantwortet: »Nein, solche Kompromisse lehnen wir ab.« Wir wollten uns den Begriff Menschenrechte nicht verbieten lassen. Wir wollten dieses Transparent »Menschenrechte in der DDR« nicht herunterreißen.

Stahl
Inwiefern spielten Menschenrechtsverletzungen außerhalb der DDR für die Initiative

Frieden und Menschenrechte eine Rolle?

Poppe
(überlegt lange) Die Initiative hat sich vor allem auf den Ostblock konzentriert, in erster Linie auf die DDR. Das Andere war, soweit ich mich erinnere, nicht Thema in der Gruppe.

Stahl
Mehrere südamerikanische Länder kehrten in den achtziger Jahren zur Demokratie zurück. In Argentinien wurde eine Kommission eingesetzt, die das Verschwindenlassen von Personen dokumentieren sollte. Es gab erste Versuche, Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Haben Sie solche Prozesse beobachtet und darüber nachgedacht, ob Ähnliches auch in der DDR stattfinden könnte?

Poppe
(überlegt) Petra Kelly hat Einiges hineingetragen. Ihr Menschenrechts-Aktivismus war sehr international. Als Initiative hatten wir ein paar Untergruppen. Ich war in der Gruppe Rechtsstaat. Wir befassten uns mit Fragen wie: Was ist ein Rechtsstaat? Wie kann die Umwandlung in die Rechtsstaatlichkeit passieren? Diese Diskussionen waren allerdings mehr auf unser Umfeld hier bezogen. Wir haben uns dann, 1989, natürlich sehr für China interessiert und für die Ereignisse auf dem Tian'anmen Platz. Nachdem das Massaker dort stattgefunden hatte, veranstalteten wir in Pankow vor der chinesischen Botschaft eine Protestaktion. Ich wurde damals, zusammen mit allen anderen, festgenommen und die Nacht über auf einer Polizeiwache festgehalten. Auf Anregung Petra Kellys haben wir uns auch mit der Tibet-Frage beschäftigt. Im Dezember 1989 kam auf Einladung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt der Dalai Lama zu uns. Das war ein großes Ereignis. Lateinamerika war mein Thema in den sechziger Jahren, als ich noch sehr jung war. Danach gab es nur noch hin und wieder Anlass, darüber zu sprechen, was dort geschah. Was andere Menschenrechtsverletzungen betrifft ... (überlegt). Während des Kriegs zwischen Iran und Irak in den achtziger Jahren hatte - ich glaube, es war Rainer Eppelmann[22] - herausgefunden, dass die DDR an beide Länder Waffen lieferte. Das empörte uns natürlich. Ich müsste noch einmal in unsere Samisdat-Hefte gucken, um genau sagen zu können, inwieweit Menschenrechtsverletzungen jenseits des Ostblocks von uns intern oder gar öffentlich thematisiert wurden.

Es gab schon ein paar Ereignisse außerhalb der DDR, die wir aufgriffen, aber das spielte keine große Rolle.

Wir haben sehr aufmerksam beobachtet, was im Ostblock passierte. Einmal verfassten wir ein Protestschreiben wegen einer Dissidentin in Leningrad, der die Kinder weggenommen

werden sollten. Es gab auch Kontakte zur Charta 77, obwohl viele nicht reisen durften. Ich durfte seit 1984 nicht mehr in den Ostblock reisen, mein Mann schon seit Ende der siebziger Jahre. Unsere Kontakte funktionierten deshalb nur indirekt über Westfreunde.

Stahl
Welche Rolle spielte die Initiative Frieden und Menschenrechte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, als Einiges in Bewegung geriet?

Poppe
Die Initiative war sehr aktiv in dieser Zeit. 1986 verfassten wir einen UNO-Appell für den Frieden, in dem wir freie Wahlen forderten. Manchmal heißt es heute, damals habe niemand dezidiert das System in Frage gestellt. Aber unsere Forderung nach freien Wahlen war die Infragestellung des Systems per se, weil jeder davon ausging, dass die SED in freien Wahlen keinesfalls die Mehrheit erhalten würde. Wir gaben die Samisdatschrift »Der Grenzfall« heraus, der ganz sicher von Hand zu Hand ging, aber von dessen Exemplaren wahrscheinlich auch viele von der Staatssicherheit abgefangen wurden.

Im Frühjahr 1989 versuchten wir, die relativ kleine Initiative Frieden und Menschenrechte zu verbreitern. Das ist nur begrenzt gelungen. Das Neue Forum[23] zum Beispiel bot im Herbst eine besser geeignete Plattform. Die Erklärungen des Neuen Forums waren für eine breite Bevölkerungsschicht, einschließlich der SED-Genossen, annehmbar. Dem gegenüber entschied sich Demokratie Jetzt[24], eine Bewegung zu der ich gehörte, für konkrete Forderungen, für die es einen schmaleren Konsens in der Gesellschaft gab. Auch war Demokratie Jetzt nicht bereit, SED-Mitglieder aufzunehmen. Demokratie Jetzt und die Initiative Frieden und Menschenrechte blieben kleine, aber im Verhältnis zu ihrer Größe wirksame Gruppierungen, die im Dezember 1989 mit jeweils zwei Vertretern am Zentralen Runden Tisch[25] saßen.

Stahl
Wie kam es zur Gründung von Demokratie Jetzt?

Poppe
1987 wurde ich in den Initiativkreis Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung einbezogen. Ich kam durch Stephan Bickhardt[26] in diesen Kreis. Dort lernte ich eine ganz andere Art kennen, mit einander umzugehen. Die Gruppierungen, in denen ich mich bis dahin engagiert hatte, waren immer nach außen offen gewesen, so dass oft Leute dabei saßen, die keiner kannte. In diesem Kreis siezte man sich, was völlig ungewöhnlich war. Es gab eine Gesprächsleitung und geordnete Diskussionen. Die Treffen waren nicht so ein wildes Durcheinander, wie ich es bis dahin gewohnt war. Das hat mich beeindruckt. Mit dabei waren Wolfgang Ullmann, Ludwig Mehlhorn, Konrad Weiß, Almuth Berger, Dorothea Hoeck, Stephan Bickhardt, Hans-Jürgen Fischbeck, Martin König und Gerhard Weigt.

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Der Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung ging es darum, sowohl die ideologische als auch die praktische Abgrenzung in den Blick zu nehmen. Nicht nur das Grenzregime sollte als menschenverachtend problematisiert werden, sondern auch die Informationsabschottung und die Entfremdung zwischen Ost und West. Die deutsche Einheit blieb im Blick, wenn auch nicht vorrangig. Ich denke, es war die einzige Gruppierung, die sich mit diesem Thema befasste. Das hatte vielleicht auch damit zu tun, dass nicht nur Personen wie ich dabei waren, die im Schatten der Mauer aufgewachsen waren, sondern einige Vertreter der älteren Generation, die das gemeinsame Deutschland noch gut kannten, wie beispielsweise Wolfgang Ullmann.

Im Sommer 1989 forderten Hans-Jürgen Fischbeck und Gerhard Weigt im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung in der Bekenntnis-Kirche in Berlin-Treptow, dass es notwendig sei, die einzelnen Gruppierungen zu einer Sammlungsbewegung auszuweiten. Kurz darauf verfassten wir unseren Aufruf zur Einmischung in die eigene Angelegenheit, in dem zur Gründung einer Bürgerbewegung Demokratie Jetzt aufgerufen wurde. Eines der Ziele, die wir in unseren Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR formulierten, war die deutsche Einheit. Wir verstanden dieses Dokument nicht als festes Programm. Es war vielmehr ein Diskussionsangebot, in dem wir Ziele formulierten und Anregungen gaben, wie die Umgestaltung der DDR aussehen könnte. Den Anschlussgedanken verwarfen wir. Wir stellten uns die Wiedervereinigung so vor, dass sich beide Seiten aufeinander zu reformieren sollten. In beiden Staaten bestand unserer Ansicht nach Veränderungsbedarf, was allerdings nicht automatisch eine Äquidistanz bedeutete. Uns war durchaus bewusst, dass es bei uns einen größeren Veränderungsbedarf gab und dass es zunächst nötig war, eine demokratische Umgestaltung durchzusetzen.

In unseren ersten Papieren war der Begriff Sozialismus noch enthalten. Allerdings wurde er gerade damals so unterschiedlich interpretiert, dass oft nicht klar war, was genau damit gemeint war. Was die Eigentumsfrage betraf, so hat sich Demokratie Jetzt ausdrücklich für eine Gleichberechtigung aller Eigentumsformen ausgesprochen, also auch für das Privateigentum. Ich erinnere mich, dass Gorbatschow im Sommer 1989 sagte, der schwedische Sozialismus sei für ihn der wahre Sozialismus. Das entsprach auch meiner Vorstellung wie wohl auch der meiner Freunde. Schweden war damals ein sozialdemokratischer Staat mit hohen sozialen Standards. Ich fand das gut: ein kapitalistisches, demokratisches Land, das sozialen Standards eine hohe Priorität gab. Schweden war übrigens für viele, nicht nur für Demokratie Jetzt, ein mögliches Modell. Das drang auch zu den Schweden durch und wir erhielten von der schwedischen Botschaft Informationsmaterial, wie dieser Staat funktionierte.

Buckley-Zistel
Wie reagierte die Staatssicherheit auf Ihre Aktivitäten?

Poppe
Im Januar 1988 nahm sie die offizielle Liebknecht-Luxemburg Demonstration zum Anlass, eine ganze Reihe unliebsamer Personen loszuwerden. Es gab eine richtige

Verhaftungswelle. Viele unserer Freunde wie Bärbel Bohley, Ralf Hirsch, Werner Fischer, Freya Klier, Vera Wollenbergerund Wolfgang Templin kamen ins Gefängnis und wurden kurze Zeit später in den Westen abgeschoben. Bärbel Bohley, Werner Fischer und Vera Wollenberger kamen durch Vermittlung von Paul Oestreicher, Leiter des Internationalen Versöhnungszentrums der Kathedrale von Coventry, nach Großbritannien. Die anglikanische Kirche hatte ihnen eine Studienfinanzierung angeboten. Die Staatsmacht versuchte auf diese Weise, diese ganze oppositionelle Szene zu desavouieren. Poppoff und ich beteiligten uns nicht an der Demonstration, weil wir davon ausgingen, dass die Stasi eine Verhaftungswelle plante. Wir blieben im Haus. Selbst dort war nicht jeder sicher. Wolfgang Templin, der nur einen Mülleimer nach unten bringen wollte, lauerten die Häscher an der Tür auf. Sie versuchten, ihn zu greifen. Er konnte sich im letzten Moment mit seinem Mülleimer hinter der Wohnungstür verschanzen. Offenbar hatte die Stasi die Anweisung, niemanden zu Hause zu verhaften, sondern nur beim Verlassen der Wohnung. Man wollte den Kritikern vorwerfen können, an einer staatsfeindlichen Demonstration teilgenommen zu haben. Später fanden sie dennoch einen Anlass, Lotte und Wolfgang Templin zu verhaften.

Poppoff und ich blieben verschont. Später fiel die Entscheidung, auch uns aus dem Land zu schieben. Das geschah mit einem verlockenden Angebot. Die ganze Familie einschließlich der Kinder durfte nach Großbritannien ausreisen. Die SED hatte wiederum Paul Oestreicher eingeschaltet. Paul Oestreicher war zeitweilig auch Leiter der britischen Sektion von Amnesty International. Während des Nationalsozialismus hatte er sich als Sohn eines jüdischen Kinderarztes vor den Nationalsozialisten versteckt halten müssen, bis er nach Neuseeland fliehen konnte. In Großbritannien wurde er Domkapitular der Kathedrale von Coventry. Er hatte gute Beziehungen zu Ulbricht[27] und wohl auch zur nachfolgenden Staatsführung. Andererseits war er auch sehr bemüht, Oppositionelle zu unterstützen. Er hat uns besucht und wir lernten uns kennen. Als ich im Gefängnis war, hat er sich für unsere Freilassung eingesetzt. Aus SED-Kreisen wurde die Bitte an ihn heran getragen, uns ein Angebot zu machen. Die anglikanische Kirche sollte uns zu einem Studienaufenthalt nach England einladen. Ihm wie uns war natürlich klar, dass es darum ging, uns außer Landes zu schaffen.

Die Situation Ende des Jahres 1988 war sehr angespannt. Wenn wir das Angebot angenommen hätten, hätte das auf unsere Freunde eine deprimierende Wirkung gehabt. Unsere politischen Gegner ließen ja kaum etwas unversucht, uns zu spalten. Diesmal haben sie es mit einem Privileg versucht, das wir allerdings schließlich abgelehnt haben. Abgesehen davon haben mein Mann und ich gespürt, dass die DDR sich im Aufbruch befand, dass es Veränderungen geben musste. Auch deshalb konnten wir nicht weggehen – obwohl das Angebot sehr attraktiv war, das muss ich auch sagen. In der DDR konnte ich nicht studieren und auch keinen Beruf lernen. Ich hatte also keine Perspektive und mein Mann schlug sich mit irgendwelchen Jobs durch. Unsere Kinder wären nicht zum Abitur zugelassen worden. In England hätten wir nochmal beruflich auf die Beine kommen können. Unsere Kinder hätten Englisch gelernt und ihr Abitur gemacht. Aber damals dachten wir: »Jetzt nicht! Den Gefallen tun wir denen nicht.« Die Machthaber hatten fest damit gerechnet, dass wir das Angebot annehmen würden. Für die Parteileitung des Museums für Deutsche Geschichte, bei dem ich tätig war, hatten sie eine

Argumentationshilfe erarbeitet, was zu sagen sei, wenn die braven Genossen fragen würden: »Warum werden Staatsfeinden solche Privilegien eingeräumt?« Es hätten sich ja auch in den eigenen Reihen Neider gefunden.

Wir blieben also im Lande und hofften, dass der Staat sein Versprechen einlöste und diejenigen zurückkehren ließ, die zeitweilig in den Westen verbannt worden waren. Wir verhandelten diesbezüglich regelmäßig mit der Kirchenleitung. Sie sollte bei den staatlichen Organen darauf drängen, das Versprechen auf Rückkehrmöglichkeit einzuhalten. Bei diesen regelmäßigen Gesprächen im Konsistorium – Manfred Stolpe[28] war immer dabei – waren auch um die fünf IMs anwesend. Das ist eines der Beispiele, mit denen man gut belegen kann, wie die Staatssicherheit Informationen sammelte. Sie holte sich Berichte über ein Ereignis aus fünf Perspektiven und erhielt so ein ziemlich genaues Bild. In einem einzelnen Bericht gibt es immer Fehler, Auslassungen oder subjektive Einschätzungen. Aber wenn man fünf Berichte hat, dann ergibt sich ein ziemlich genaues Bild. Die Verhandlungen ermöglichten es letztendlich, dass Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang Templin und andere 1989 zurückkehren konnten.

Stahl
Wie würden Sie Ihre Rolle in der Initiative Frieden und Menschenrechte und in Demokratie Jetzt beschreiben? Waren Sie Ideengeberin oder eher Organisatorin?

Poppe
Ich war in der Zeit relativ aktiv, weil ich meine Arbeit im Museum für Deutsche Geschichte aufgegeben hatte. Ich hatte Zeit, was gut war, da ich die Arbeit sonst wahrscheinlich nicht geschafft hätte. Wir hatten in Demokratie Jetzt starke Ideengeber, vor allem Hans-Jürgen Fischbeck und Wolfgang Ullmann. Der große Organisator war Stephan Bickhardt. Ludwig Mehlhorn vermittelte uns immer wieder die osteuropäische Perspektive. Ich würde mich eher in der zweiten Reihe sehen, die das alles aufnahm und mitdiskutierte.

Buckley-Zistel
Aber Sie wurden angesprochen, an dem Kreis teilzunehmen?

Poppe
Ja, ich wurde auch zur Sprecherin gewählt. Damals waren wir eigentlich nur drei Frauen im engeren Kreis: Dorothea Höck, Almuth Berger und ich. Später wurden es mehr. Als es darum ging, wer die Initiative Frieden und Menschenrechte und Demokratie Jetzt am Runden Tisch vertreten sollte, da hieß es, dass zumindest eine Frau dabei sein müsse. Es war durchaus nicht so, wie es heute im Westen üblich ist, dass sich alle darum rissen, als Vertreter einer Gruppe das eigene Profil zu schärfen. Jeder hatte Sorge, die Aufgabe nicht bewältigen zu können, und Angst vor der Verantwortung. Wir waren auch nicht gewohnt, plötzlich eine solche Rolle zu übernehmen, und hatten vielleicht noch ein etwas zögerliches Verhältnis zur Macht. Wir begriffen noch nicht, dass Macht nicht nur etwas Negatives ist, sondern auch eine Quelle vielfacher Gestaltungsmöglichkeiten. Die Einsicht kam bei mir

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

relativ spät. Jedenfalls haben alle versucht, Wolfgang Ullmann und mich zu überreden, am Runden Tisch mitzuarbeiten. Schließlich willigten wir ein. Ich fühlte mich an Wolfgang Ullmanns Seite auch geborgen. Unser Vertreter war Konrad Weiß.

Stahl
Welche Tätigkeiten übten Sie in der Initiative Frieden und Menschenrechte und in Demokratie Jetzt aus?

Poppe
Wir wollten Demokratie Jetzt besser organisieren und feste Mitgliedschaften einrichten. Wir hatten ein Büro, Stephan Bickhardt war der Geschäftsführer. Als Mitglied des Sprecherrats hatte auch ich die Aufgabe, den Aufbau zu organisieren. Wir mussten Leute einstellen, gaben eine eigene Zeitschrift heraus und verfassten Artikel. Es war eine Zeit, in der jeden Tag etwas passierte, zu dem wir uns positionieren mussten. Wir fühlten uns ständig herausgefordert, irgendwie zu reagieren. Auch am Runden Tisch mussten wir jeden Montag zu all den Programmpunkten, die vorlagen, eine Position finden. Wir hatten jeden Tag unser Tun.

Buckley-Zistel
Wie bewerten Sie Ihre Rolle am Runden Tisch – persönlich, aber auch für Demokratie Jetzt?

Poppe
Am Runden Tisch mussten tagespolitische Entscheidungen getroffen und die ersten allgemeinen, freien und geheimen Wahlen vorbereitet werden. Es galt, die Staatssicherheit abzuschaffen und eine Verfassung für die Interimszeit zu entwerfen. Über diese sollte von der zu wählenden Volkskammer abgestimmt werden. Neben diesen drei Hauptaufgaben war ich vorwiegend für zwei Dinge zuständig: Einmal war ich in der Arbeitsgruppe Parteien und Vereinigungsgesetz. Wir entwarfen Gesetzesvorlagen und die Volkskammer, die ihre Legitimation verloren hatte, nickte diese Gesetze einfach ab. Die Gesetze unserer Arbeitsgruppe waren natürlich so kurz vor den Wahlen von besonderer Brisanz. Es ging darum, dass alle die gleichen Wahlchancen haben sollten. Die SED sollte ihre Finanzen offenlegen, wozu sie natürlich nicht bereit war. Es hieß, das sei nicht möglich. Es waren sehr dramatische Sitzungen.

Ich war auch zuständig für Chancengleichheit bei den Wahlen. Die neuen Gruppierungen benötigten Büros, um sich zu organisieren und den Wahlkampf vorzubereiten. Bis dahin trafen wir uns in unseren privaten Küchen und die Briefkästen an unseren Wohnungen waren voll. So ging es nicht weiter, so konnten wir keinen Wahlkampf organisieren. Die Vertreter der SED am Runden Tisch übertrugen uns deshalb ein Gebäude in der Friedrichstraße, wo die Bezirksparteileitung der SED saß. Ich machte mit einigen anderen die Begehung. In den Räumen waren noch all die alten Parteifunktionäre, ihre Sekretärinnen und Sachbearbeiterinnen. Sie waren schon dabei, ihre Schreibtische zu räumen. Ich erinnere mich noch, wie sie uns mit bösen Gesichtern ansahen; sie verloren

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

ihren langjährigen Arbeitsplatz. Überhaupt waren wir die Feinde. Aus den Wänden atmete noch lange Zeit dieser alte Geist der SED-Betonköpfigkeit. Dann zogen wir dort ein; alles musste in wahnsinnig kurzer Zeit geschehen. Der Wahlkampf begann schon im Januar. Noch im Dezember waren wir ein völlig amorpher Haufen. In kürzester Zeit mussten wir Organisationsstruktur aufbauen und einen Wahlkampf organisieren. Keiner hatte eine Ahnung, wie man einen Wahlkampf organisierte. Woher auch?

Am Runden Tisch wurde entschieden, dass alle um der gleichen Chancen willen auf westliche Wahlkampfhilfe verzichten sollten. Niemand hielt sich daran, natürlich nicht. Das gereichte der SPD und den Gruppen, die sich zur CDU zusammenschlossen, zum großen Vorteil. Der Demokratische Aufbruch schloss sich mit der Blockpartei CDU zusammen und bekam beträchtliche Wahlkampfhilfe. Auf ihren Wahlveranstaltungen traten Persönlichkeiten wie Kohl auf. Nur bei uns war es nicht so einfach. Aber das war nicht der einzige Grund, weshalb wir mit 2,9 Prozent der Stimmen abschnitten. Ich glaube, der Hauptgrund war ein anderer. Ich kann das gut an einem Beispiel erzählen. Als ich einmal kurz vor den Wahlen vom Flughafen Tegel nach Hause fuhr, unterhielt ich mich mit dem Taxifahrer. Er sagte: »Wissen Sie, Ihr seid mir am sympathischsten und ich gehe mit allem mit. Aber wir sind so pleite, so am Ende, so marode und so bankrott, dass ich die wähle, die über das Kapital verfügen, und das ist die CDU.« So dachten die meisten. Außerdem haben sie uns keine wirtschaftspolitische Kompetenz zugebilligt – ich denke mit vollem Recht. Sie haben natürlich gewusst, dass wir nicht die Freunde der westlichen Banken und Konzerne sind. Das spielte alles eine Rolle, aber sicherlich auch der Organisationsgrad und unsere Unerfahrenheit. Für mich war die Wahlniederlage aber keineswegs der große Einbruch oder die große Enttäuschung. Die ersten freien Wahlen, die ersten wirklich freien Wahlen am 18. März, waren das Eingangstor in die Demokratie, für deren Herstellung wir uns eingesetzt hatten, und ich konnte das mit 35 Jahren erleben.

Stahl
Wie ging es danach beruflich für Sie weiter?

Poppe
Zunächst war ich Mitarbeiterin in der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne. Mein Arbeitsschwerpunkt war europäische Sicherheitspolitik. Wir gingen ursprünglich davon aus, dass wir keine NATO mehr brauchten. Der Warschauer Pakt war zusammengebrochen, damit schien der Ost-West-Konflikt zu Ende zu sein. Wozu brauchten wir also noch eine NATO? Viele in meiner Fraktion waren der Ansicht, dass sich damit auch die Fortexistenz der NATO erübrigt habe. Ich selbst sah das zunächst auch so. Später haben wir uns korrigiert. Wir standen auch vor der Frage, was mit unserer NVA passieren sollte. Wie sollte es überhaupt mit Deutschlands Rolle in Bezug auf europäische Sicherheitsinteressen weitergehen?

Das brachte uns den Ruf als Wiedereinigungs-Verzögerer ein. Nicht zu Unrecht.

Mit einigen Abgeordneten unserer Fraktion besuchten wir die Botschaften anderer osteuropäischer Länder: Tschechien, Rumänien, Sowjetunion, Polen. Überall bekamen wir die Klage zu hören, dass die schnelle Umstellung unserer Wirtschaft und die Währungsunion die alten Handelsbeziehungen zunichtemache und unsere Nachbarländer in große wirtschaftliche Not stürzen würde: »Ihr seid schuld, wenn wir alle von heute auf morgen bankrottgehen. Wir waren eure Zulieferer, und wenn jetzt alles vom Westen übernommen wird, dann brechen wir zusammen.« Das waren ganz schwierige Themen, wir fühlten uns ohnmächtig. Alternative Modelle, wie die Errichtung von Sonderwirtschaftszonen oder Anteilsscheine für die Beschäftigten, schienen uns nicht sinnvoll und politisch nicht durchsetzbar. Wir ließen uns vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung beraten. Auch von dort kam die Warnung, dass eine frühzeitige Wirtschafts- und Währungsunion soziale Verwerfungen nach sich ziehen würde. Mit den Folgen werde die Bundesrepublik noch Jahrzehnte zu tun haben. Diese Position hatten wir uns im Wahlkampf zu Eigen gemacht. Das brachte uns den Ruf als Wiedereinigungs-Verzögerer ein. Nicht zu Unrecht.

Eine weitere Aufgabe für mich bestand darin, die Fusion zwischen den Ost- und West-Grünen zu organisieren. Die Versuche, einen politischen Konsens mit den Grünen im Westen zu finden, stellten sich als schwieriger heraus als erwartet. Um ein Beispiel zu nennen: Als es darum ging, die Strukturen der Heinrich-Böll-Stiftung auf das DDR-Territorium zu übertragen, wurde darüber diskutiert, ob auch die verschiedenen Unterstiftungen wie die Frauenanstiftung und der Stiftungsverband Regegenbogen auf die DDR übertragen werden sollte. Ich kam insbesondere mit den Positionen in der Frauenanstiftung nicht zurecht. Ich äußerte die Befürchtung: »Für diese Art des radikalen Feminismus fehlt in der DDR jede Grundlage.« Daraufhin erhielt ich die Antwort: »Wenn wir auf die Gründung der Frauenanstiftung verzichten, würde weiblichen Böll-Stiftungsmitarbeiterinnen womöglich zugemutet werden, mit einem Mann in einem Büro zu sitzen.« Daraufhin legte ich mein Mandat nieder: »Hier brauchen wir nicht weiter zu reden. Wer nicht mit einem Mann in einem Büro sitzen kann, mit dem will ich nicht über neue Strukturen in der Böll-Stiftung diskutieren.« Die Gespräche waren ziemlich chaotisch.

Buckley-Zistel
Sie waren auch in die Aufarbeitung von SED-Unrecht involviert.

Poppe
Im September 1990 begannen einige Bürgerrechtler mit einem Hungerstreik in der Zentrale der Staatssicherheit in Berlin. Sie lehnten die von der Bundesregierung geforderte Einlagerung der Stasiakten ins Bundesarchiv in Koblenz ab und damit auch die Anwendung der in Westdeutschland üblichen Sperrfrist für Archivgut auf diesen Aktenbestand. Stattdessen forderten sie, dass die Akten auf dem Territorium der ehemaligen DDR verbleiben und in einer Sonderbehörde den Betroffenen sowie der Forschung und den Medien zugänglich gemacht werden sollten. Als

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Volkskammermitarbeiterin erhielt ich damals Zugang zu dem von der Polizei abgesperrten Bereich, wo sich die Hungerstreikenden aufhielten. Ich sprach mit ihnen und informierte die Journalisten über ihre Forderungen. Ich sympathisierte mit ihnen. Joachim Gauck[29] vertrat damals als Volkskammerabgeordneter eine andere Position. Aus seiner staatstragenden Überzeugung heraus lehnte er zwar nicht die Ziele der Besetzer, aber doch deren Methoden ab. »Jetzt haben wir eine Demokratie und einen Rechtsstaat. Wir brauchen solche Erpressungsmethoden nicht mehr.« Aber letztlich führte der Protest dazu, dass der Einigungsvertrag zumindest mit einer Anmerkung ergänzt wurde, die den Weg zu dem später vom Bundestag verabschiedeten Stasi-Unterlagen-Gesetz ebnete.

Im Januar 1991 begann ich mit meiner Arbeit als Studienleiterin an der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg. Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit lag auf dem Umgang mit Vergangenheit, Schuld, Vergebung, Strafverfolgung, Ost-West-Zusammenwachsen, Transformationsprozesse. Zum Beispiel veranstaltete ich auch Tagungen zum Umgang mit den Stasiakten. Zusammen mit meinem Mann war ich eine der ersten, die Anfang Januar 1992 Einsicht in die eigenen Akten nehmen durfte. Die ersten Akteneinsichtnahmen wurden denen gewährt, die eine umfangreiche Akte hatten. Wir saßen alle in einem Raum und wurden von den Medien begleitet. Wir öffneten vor laufender Kamera die dicken Leitz-Ordner der Stasi und sprachen in die Mikrophone, wie betroffen wir seien, was wir nicht geahnt hätten, wie aufschlussreich, erschreckend und mitunter auch kurios diese Lektüre war.

Von einigen Menschen in meinem Umfeld wusste ich zu diesem Zeitpunkt bereits, dass sie Inoffizielle Mitarbeiter gewesen waren. Bei der Aktenöffnung fand ich das bestätigt und konnte erfahren, in welchem Umfang sie mit der Stasi zusammengearbeitet hatten. In einem Fall war ich allerdings überrascht. Ich ließ mir alle Berichte des IM Franz auch aus den Akten anderer bringen, weil deutlich war, dass er ein enger Vertrauter von mir gewesen sein musste. Ich hatte einen Verdacht, wer Franz sein könnte, und fand ihn schließlich durch einen Bericht erhärtet, der aussagte, dass ich mit diesem IM an einem bestimmten Tag nach Leipzig gefahren war. Ich rief diesen Freund noch von der Stasi-Unterlagenzentrale aus an und fragte, weshalb er mit mir nicht darüber gesprochen habe. Er war sehr aufgeregt und meinte, dass er das nicht richtig erklären könne. Ich sagte: »Wir müssen unbedingt sprechen, wir telefonieren heute Abend und machen einen Termin aus.« Als ich ihn am Abend anrief, nahm er das Telefon nicht ab, am nächsten Tag auch nicht und am übernächsten Tag auch nicht. Ich musste zu einem Lehrgang nach Wiesbaden fahren und war sehr in Unruhe. Ich bat eine Freundin, die ebenfalls engen Kontakt zu ihm hatte, zu seinem Haus zu fahren, um zu sehen, ob sein Auto vor der Tür stand. Als sie bestätigte, dass es vor der Tür stand, beschlossen wir, die Wohnung aufbrechen zu lassen. Unsere Befürchtung bestätigte sich. Er hatte Abschiedsbriefe hinterlassen, aber er lebte noch. Tagelang war die Heizung ausgestellt gewesen. Es war Winter. Er konnte noch einmal ins Leben zurückgeführt werden.

Eine Zeitlang war er im Krankenhaus. Dann gab es ein Gespräch, das aber nicht gut verlief. Ich konnte seine Argumentation überhaupt nicht nachvollziehen. Er sagte, sein Gesprächspartner bei der Stasi sei ein Gorbatschow-Freund gewesen und er habe uns nur

schützen wollen. Eigentlich habe er auch nichts verraten. Das stimmte nicht. Er hatte wirklich alles erzählt, was er wusste – nicht bösartig, sondern als arglose Plauderei. Offenbar war ihm nicht bewusst, was sein Kontaktmann alles aus dem Küchentischgeschwätz herausfiltern konnte, das oft stundenlang ging. Ich habe ihm seine IM-Tätigkeit nicht übelgenommen, aber ich war verärgert darüber, dass er auch nach 1990 nicht offen mit mir darüber gesprochen hat. Es waren schon vor der offiziellen Aktenöffnung Berichte herumgereicht worden, darunter auch einige vom IM Franz. Damals hatte ich ihm diese Dokumente gezeigt und ihn gefragt, ob er wisse, wer das gewesen sein könnte.

Das war eine traurige Geschichte, die mich damals sehr verunsicherte. Ich hatte plötzlich das Gefühl, dass der Preis der Aktenöffnung zu hoch sei. Die Aktenöffnung war es nicht wert, dass dadurch Menschenleben zerstört wurden. Aber Gott sei Dank blieb es eine Seltenheit, dass jemand aus diesem Grunde versuchte, sich das Leben zu nehmen. Was von den Gegnern der Aktenöffnung prophezeit wurde, die übrigens vor allem aus dem Westen kamen, bestätigte sich nicht. Politiker wie Wolfgang Schäuble[30] prophezeiten eine Hexenjagd, Mord und Totschlag. Das war nicht der Fall. Aber es kam auch nicht zu den zahlreichen Gesprächen, die viele erhofft hatten. Einige Gespräche gab es, auch einige Täter-Opfer-Gruppen, besonders in kirchlichen Räumen. Dort wurde zumindest ein Austausch zwischen unterschiedlichen Sichtweisen auf den repressiven Charakter des DDR-Systems versucht.

Ich habe auch einige Gespräche mit inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern der Staatssicherheit geführt. Manche Gesprächspartner haben sich zu entlasten versucht, bei manchen wusste ich, dass die gelieferten Informationen kaum relevant waren. In meinen Akten fand ich Berichte, denen man anmerken konnte, dass sie nicht mit einem denunziatorischen Eifer geschrieben worden waren. Dort wurde nur das Nötigste und möglichst Belangloses berichtet. Die Informanten hatten merklich unter Druck gestanden. Mit diesen Personen hatte ich kein Problem. Aber bei denjenigen, die freiwillig, bösartig und umfassend berichtet hatten, die sich instrumentalisieren ließen für irgendwelche Aktionen der Staatssicherheit im Rahmen des Maßnahmenplans zur Zersetzung, da fiel mir das Gespräch nicht leicht, da blieb ein bitterer Nachgeschmack. Ibrahim Böhme[31],mit dem ich früher mal eng befreundet war, leugnete bis zum Schluss seine Stasi-Tätigkeit. Ich habe eine größere Anzahl seiner Berichte über uns in meinen Akten. Als er schon dem Tode spürbar nahe war, besuchte ich ihn. Ich saß an seinem Bett, hielt seine Hand und hätte ihm gerne alles verziehen. Aber es gab nichts, was ich hätte verzeihen können, weil er immer noch leugnete und behauptete, die Akten seien gefälscht und alles sei eine Stasi-Inszenierung gewesen.

Stahl
Wo sehen Sie den Wert der Aktenöffnung?

Poppe
Ich sehe die Stasi-Akten als eine wertvolle historische Quelle, die es allerdings

quellenkritisch auszuwerten gilt, wie andere historische Quellen auch. Ich bin sicher, dass das Ausmaß der Überwachung und Verfolgung sowie die mitunter äußerst perfiden Methoden, mit denen die Stasi gegen wirkliche und vermeintliche politische Gegner vorging, nie bekannt geworden wären. Die Aktenöffnung war bis dahin weltweit einmalig. Ich glaube auch, dass die Offenlegung der Funktionsmechanismen einer Diktatur nie so hätte gelingen können, wenn nicht diese Unterlagen für die Auswertung verfügbar gewesen wären. Niemand hätte geglaubt, mit welchen Methoden die Staatssicherheit tätig war und in welchem Ausmaß die Überwachung stattgefunden hatte.

Zweitens hatte die Akteneinsicht für die Betroffenen auch eine ganz persönliche Bedeutung. Durch Informationen über Maßnahmen der Stasi konnten sie nachvollziehen, was in ihrem Leben von der Stasi inszeniert und gelenkt worden war und was sie selbst verschuldet oder verdient hatten: Ich bin nicht zum Studium zugelassen worden, hat die Stasi dafür gesorgt? Habe ich wegen der Stasi meinen Job verloren? Einige Freunde haben sich von mir abgewandt. Habe ich irgendetwas falsch gemacht oder hat die Stasi im Rahmen der Zersetzungspläne irgendwelche Gerüchte gestreut, die geglaubt wurden? Oder wurden die Freunde bedroht? Ich bin des Diebstahls beschuldigt worden. War das eine Bösartigkeit meiner Kollegen oder hat die Stasi einen Beweis hinterlegt, der die Kollegen glauben machte, ich sei tatsächlich ein Dieb? Ich habe nie eine Wohnung gekriegt. Ging es mir wie vielen, die auf eine Wohnung warteten oder gab es eine gezielte Aktion der Staatssicherheit, dass wir nie mit einer ordentlichen Wohnung versorgt wurden? Letzteres war zum Beispiel bei mir der Fall gewesen. Die Staatssicherheit hat tatsächlich dafür gesorgt, dass wir aus den schlechten Wohnverhältnissen nie herauskommen konnten.

Diese Fragen sind wichtig, wenn man auf sein Leben zurückschaut. In einem Gespräch mit einem Stasi-Offizier erfuhr ich, dass meine ständig durchstochenen Fahrradreifen ein Werk der Stasi waren. Wenn ich mit zwei kleinen Kindern und dicken Einkaufstaschen aus der Kaufhalle kam, waren die Reifen platt und ich musste alles tragen. Es war so absurd. Das hätte mir niemand geglaubt und das war auch die Strategie. Wenn ich meinen Arbeitskollegen erzählt hätte, die Stasi sticht mir die Reifen durch, hätten die gesagt: »Die leidet unter Verfolgungswahn!« Es konnte sich ja kaum jemand vorstellen, dass die Stasi Fahrradreifen durchsticht. Aber sie tat es.

Buckley-Zistel
Ahnten sie es?

Poppe
Ich zog es in Betracht, aber ich war mir natürlich nicht sicher. Man konnte sich auch nicht sicher sein.

Stahl
Die neunziger Jahre, als Sie an der Evangelischen Akademie tätig waren, waren international gesehen ein Jahrzehnt der Aufarbeitung. In Südafrika gab es die Truth and

Reconciliation Commission und auch in Lateinamerika wurden zahlreiche Kommissionen eingesetzt. Inwiefern gab es Kontakte zu den Gruppen, die in diesen Ländern versuchten, Diktaturerfahrungen und Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten?

Poppe
Es gab viele Kontakte. Ich war beispielsweise in Südafrika und habe Vertreter der dortigen Kommission nach Deutschland in die Evangelische Akademie eingeladen. Wir veranstalteten deutsch-südafrikanisch-polnische Projekte und Studienreisen in die jeweiligen Länder. Ich akquirierte Gelder von Parteien- und Industriestiftungen, die zum Teil die Aufarbeitung befördert haben. Ich versuchte auch, EU-Gelder einzuwerben. Ich veranstaltete auch internationale Tagungen mit dem Freiburger Max Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht über die strafrechtliche Aufarbeitung in Uruguay, Chile, Portugal, Griechenland und den Ostblockländern. In Freiburg arbeitete man an einem Forschungsprojekt über die strafrechtliche Aufarbeitung nach Diktaturen anhand vieler Länderbeispiele. [32]

Buckley-Zistel
Haben Sie für Ihre eigene Arbeit etwas von den Erfahrungen anderer Länder mitgenommen?

Poppe
Eigentlich haben wir immer festgestellt, dass wir in Deutschland relativ weit waren. Ich glaube, dass die deutsche Erfahrung für andere Länder interessanter war als umgekehrt. Wir hatten den großen Vorteil, dass wir nicht alles alleine schultern mussten, sondern dass wir den reichen Westen hatten, der uns dabei unterstütze, eine Stasiunterlagenbehörde aufzubauen, Landesbeauftragte zu installieren, politische Bildung zu betreiben, eine Enquete-Kommission einzurichten und die Stiftung Aufarbeitung zu gründen.

Stahl
Welches waren weitere Themen, mit denen Sie sich seit der Wende befasst haben?

Poppe
Mir war das Thema internationaler Strafgerichtshof wichtig. Menschenrechte waren ein weiterer Schwerpunkt. Es ging dabei auch um Menschenrechtsverletzungen in der Gegenwart. Wir arbeiteten nicht nur vergangenheitsbezogen. Ich habe immer versucht, keine reinen Vergangenheitstagungen zu machen, sondern den Bezug zur Gegenwart herzustellen: Wie gehen wir mit Vergangenheit um? Was passiert mit den Opfern der Diktaturen und der Repression? Wie gedenken wir ihrer und würdigen ihr Leid? Und wie können wir kompensieren, was an Unrecht geschehen ist? Diese Themen boten sich ja auch an, die Kirche war auf diesem Gebiet immer sehr engagiert.

Wir veranstalteten auch Tagungen zur Sicherheitspolitik, ein Bereich, der bis dahin in den

Evangelischen Akademien und überhaupt in der Öffentlichkeit ein weitgehendes Tabu gewesen war. Ich leitete mehrere Tagungen über Geheimdienste und wie sie in verschiedenen Ländern arbeiten. Unter anderem ging es um die ehemaligen Ostblockländer. Was war mit dem alten Geheimpolizeipersonal passiert? Welche Transformationsprozesse hatten stattgefunden? Bestimmten noch die alten Ideologien, Selbstverständnisse und Methoden die Geheimdienstarbeit? Was hatte sich verändert? BND-Leute fuhren als Berater in diese Länder. Ich kannte einige von ihnen, und so haben wir Mitarbeiter osteuropäischer Geheimdienste eingeladen. Auch die Mitarbeiter westlicher Geheimdienste luden wir ein: Franzosen, Amerikaner, selbst vom Mossad. Wir wollten vergleichen, wie Geheimdienste arbeiten, und wissen, wie sie kontrolliert werden. Das war die Hauptfrage. Wir analysierten die Kontrollsysteme. Darüber gab es wenige Informationen. Es stellte sich heraus, dass es auch bei uns viele Probleme mit der parlamentarischen Kontrolle der Dienste gab. Das liegt natürlich auf der Hand, aber es ist wichtig, genau hinzusehen, wie Geheimdienste funktionieren und welche rechtlichen Möglichkeiten und Spielräume es für sie gibt. Momentan ist dieses Thema ja wieder aktuell. In wieweit staatliche Sicherheitsdienste eigene Staatsbürger oder die anderer Staaten beobachten und abhören dürfen, das gehörte für mich auch zur Menschenrechtsthematik. Die Freiheit des Menschen wird allein dadurch einschränkt, dass sie befürchten müssen, überwacht zu werden. Ich veranstaltete auch eine Tagung zum Thema Privatheit. Was bedeutet Privatheit im Verhältnis zu den freiheitlichen Grundrechten? Der Schutz der Privatheit bedeutet für die Handlungsfreiheit und die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen sehr viel. Ich glaube, dass vielen das noch nicht ausreichend bewusst ist. An diesem Thema hätte ich gerne weitergearbeitet, wenn ich an der Akademie geblieben wäre.

Ende 2009 wurde ich vom Brandenburgischen Landtag zu Beauftragten des Landes Brandenburg für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur gewählt. Bisher habe ich es noch nicht bereut, meine Arbeit in der Akademie aufgegeben zu haben, um in Brandenburg tätig zu werden. Brandenburg hat sich im Gegensatz zu den anderen neuen Bundesländern erst spät entschlossen, eine Landesbeauftragte zu berufen, die sich mit den Folgen der kommunistischen Diktatur befasst. Ich gehe davon aus, dass man in diesem Bundesland nicht mit einem eisernen Besen Erfolg haben kann, sondern nur mit Geduld und moderaten Interventionen. Mich reizt, dass sich mir damit ein ganz neues Tätigkeitsfeld eröffnet hat und ich es auch mit einer ganz anderen Klientel zu tun habe, als mit dem überwiegend mittelständischen Bildungsbürgertum, das die Evangelischen Akademien besucht. Anfang der neunziger Jahre war die Akademieklientel noch sozial sehr vielschichtig, wie zu DDR-Zeiten. Aber dann hat sie sich der westlichen Klientel mehr und mehr angeglichen. Die Tagungen wurden teurer und bald konnten sich nur noch die 50- bis 70jährigen Besserverdienenden eine Teilnahme leisten.

Die Bauern in der Prignitz haben ganz andere Probleme als die pensionierten Studienräte aus Zehlendorf. Diejenigen, die arbeitslos geworden sind oder die in den Kleinstädten Brandenburgs oder auf dem flachen Land leben und deren Bahn- und Buslinien, medizinische Ambulanzen, Post- und Verkaufsstellen verschwunden sind, reflektieren anders über die Vergangenheit. Es geht ja immer auch darum, welche Alternative die Gegenwart bietet. Ich versuche, Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, ohne ein bestimmtes DDR-Bild zu oktroyieren. Aber ich bemühe mich auch, die Erfahrungen derer,

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

die unter dem DDR-System gelitten haben, der Öffentlich zugänglich zu machen und sie insbesondere an junge Leute zu vermitteln. Mir ist klar, dass lediglich eine Minderheit Erfahrungen mit der Staatssicherheit gemacht hat. 1989 befand sich die Mehrheit nicht auf der Straße, sondern hinter den Gardinen. Manch einer hat von der Diktatur profitiert. Das alles gehört zur Vergangenheitsaufarbeitung, wenn man die Menschen erreichen will.

Stahl
Vielen Dank, Frau Poppe, für das Interview.

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Fußnoten

1. Juri Gagarin (1934-1968), sowjetischer Kosmonaut und 1961 erster Mensch im Weltraum.

2. Alexander Dubček (1921-1992), 1968-1969 Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. In dieser Funktion betrieb er einen Reformkurs, der als Prager Frühling bezeichnet wurde. Die Reformbewegung wurde mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes beendet.

3. Erich Honecker (1912-1994), 1971-1989 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär des Zentralkomitees der SED.

4. Aleksandr Solschenizyn (1918-2008), russischer Schriftsteller, dessen detailreiche Schilderungen der stalinistischen Verbrechen seit den sechziger Jahren international auf große Resonanz stießen.

5. Wolf Biermann (*1936), Liedermacher und Regimekritiker, wurde 1976 aus der DDR ausgebürgert, als er sich gerade auf einer Konzerttour in der Bundesrepublik befand.

6. Das chilenische Militär putschte 1973 unter der Führung Augusto Pinochets (1915-2006) gegen die sozialistische Regierung Salvador Allendes (1908-1973).

7. Der African National Congress kämpfte bis 1994 gegen das Apartheitsregime in Südafrika.

8. Albert O. Hirschman (1915-2012), US-amerikanischer Ökonom.

9. Albert O. Hirschman: Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge, Mass. 1970.

10. Werner Schulz (*1950), war während der siebziger und achtziger Jahre in verschiedenen oppositionellen Kreisen aktiv, 2009-2014 Grünen-Abgeordneter im Europa-Parlament.

11. European Nuclear Disarmament (END) war eine 1982 gegründete internationale Friedensorganisation.

12. Robert Havemann (1910-1982), gehörte zu den prominentesten Kritikern des SED-Regimes und befand sich zwischen 1976 und 1979 unter Hausarrest.

13. Petra Kelly (1947-1992), Umwelt- und Friedensaktivistin, 1979 Gründungsmitglied der Grünen, für die sie zwischen 1983 und 1990 im Bundestag saß.

14. Gert Bastian (1923-1992), Friedensaktivist und 1983-1987 Grünen-Abgeordneter im Bundestag.

15. Charta 77 war eine 1977 in der Tschechoslowakei gegründete Menschenrechtsorganisation, die zum Zentrum der Opposition wurde.

16. Hannah Arendt (1906-1975), amerikanische Philosophin und Publizistin.

17. Rudolf Slánský (1901-1952), 1945-1951 Generalsekretär der Komunistischen Partei der Tschechoslowakei, 1952 wegen Hochverrats angeklagt und zum Tode verurteilt. Dabei spielten

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

auch antisemitische Motive eine Rolle.

18. Hermann Klenner (*1926) war als Jurist Mitglied im staatsoffiziellen Komitee für Menschenrechte der DDR und 1984-1986 Leiter der DDR-Delegation bei der UNO-Menschenrechtskonferenz in Genf.

19. Horst Sindermann (1915-1990), 1976-1989 Präsident der Volkskammer der DDR.

20. Rudolf Bahro (1935-1997), Sozialwissenschaftler und Schriftsteller. 1977 wurde er in der DDR aufgrund seiner Sozialismus-Kritik verhaftet, 1978 emigrierte er in die BRD.

21. Rudolf Bahro: »Ich werde meinen Weg fortsetzen«. Eine Dokumentation. Frankfurt a.M. 1977, S. 13.

22. Rainer Eppelmann (*1943), während der siebziger und achtziger Jahre Pfarrer an der Berliner Samariterkirche.

23. Das Neue Forum wurde 1989 gegründet und setzte sich für Bürgerrechte, Umweltschutz, Entmilitarisierung und eine größere Eigenständigkeit der DDR ein.

24. Demokratie Jetzt wurde 1989 gegründet und forderte eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

25. Vertreter der DDR-Regierung, Blockparteien, SED-Massenorganisationen, Kirche und Oppositionsgruppen trafen sich zwischen Dezember 1989 und März 1990 am sogenannten Runden Tisch, um bis zu den freien Parlamentswahlen die Regierung zu beraten und zu kontrollieren. Unter anderem wurde dort der Entwurf einer neuen Verfassung erarbeitet, die allerdings nie in Kraft trat.

26. Stephan Bickhardt (*1959), Theologe und Bürgerrechtler, war 1986 Mitbegründer des Initiativkreises.

27. Walter Ulbricht (1893-1973), 1950 Generalsekretär der SED und 1953-1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED.

28. Manfred Stolpe (*1936), Theologe, 1982-1990 Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

29. Joachim Gauch (*1940), 1990 Abgeordneter des Bündnis 90 in der Volkskammer der DDR, dort Vorsitzender des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS. 1990-2000 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.

30. Wolfgang Schäuble (*1942), 1989-1991 Bundesminister des Innern.

31. Ibrahim Böhme (1944-1999), Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, für die er am »Runden Tisch« saß. Seit 1969 IM-Mitarbeiter der Stasi.

32. Forschungsprojekt »Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht«

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author

Zitation

Lebensgeschichtliches Interview mit Ulrike Poppe, 20.03.2014 und 8.05.2014, in: Quellen zur Geschichte der Menschenrechte, herausgegeben vom Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert, URL: www.geschichte-menschenrechte.de/ulrike-poppe/

© Arbeitskreis Quellen zur Geschichte der Menschenrechte and the author